

# Antifaz

Antifaschistische Zeitung



HEFT 22

März/April 1990

5. JAHRGANG

DM 2,00



## Nie wieder Deutschland!

**Demonstration** *Gegen Deutschen Nationalismus  
und die Kolonialisierung Osteuropas*

In diesem Heft:

Einleitung.....	S. 3
Nie wieder Deutschland.....	S. 4
Jusos spalten bundesweite Antifa-Konferenz.....	S. 7
12. landesweite Antifa-Konferenz NRW.....	S.10
SPD zum neuen REP-Programm.....	S.11
REP-Hochschulverband vor der Auflösung ?.....	S.15
Der Rechte Rand.....	S.18
Blick nach draußen.....	S.20
NPD-Aufmarsch in Frankfurt/M.....	S.27
Antifaschistischer Widerstand in Gelsenkirchen.....	S.29
Düsseldorfer Kurdenprozeß.....	S.32
Interview mit Asylbewerber G. Yilmaz.....	S.34
Impressum.....	S.35
Der türkische Dichter Nihat Behram.....	S.37
Bundesparteitag der FAP.....	S.40

**Verkaufsstellen:**

- Dortmund**  
 - Geschichtswerkstatt  
 - Atom-Stop-Büro  
 - Litfaß-Buchladen  
 - Café Samowar  
 - Taranta Babu Buchladen  
 - Akzent-Buchhandlung

**Herne:**

- Kornmühle  
 - Informationszentrum 3.Welt  
  
**Marl**  
 - Bücherladen  
 - Die Mühlen-Kneipe

**Recklinghausen**

- Attatroll-Buchladen  
 - Sonnenblume-Naturkostladen  
 - Drübelken-Kneipe  
 - Grünes Büro

**ANZEIGE**

**Straßencafé**



Tel. 0231/104916 So.-Fr. 10-22 Uhr Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) 4800 Dortmund 1

- Dülmen**  
 - Vollkörnchen  
 - Grünes Büro

**Münster**

- Cafe Malik  
 - Cafe Prutt  
 - Akzent-Buchhandlung  
 - Frauenstr.24  
 - Litfaß  
 - Themroc  
 - Blechtrömmel

**Herren**

- Büchereule  
 - Bioladen

**Bochum**

- Akzent-Buchhandlung

# EINLEITUNG

Auch wenn die taz in ihrer "West"-Ausgabe den Linken und Großdeutschland-Gegnern prophezeit, sie würden bald nur noch als "Comic-Figuren" erscheinen, wollen wir weiter gegen Nationalismus und Deutschtümelei hetzen!

**"Nie wieder Deutschland"** lautet das Motto zu einer bundesweiten Demonstration, die am **5. Mai 1990 in Frankfurt/Main** stattfindet.

Den Aufruf zu dieser Demonstration setzen wir in dieser Ausgabe an die Stelle eines Leitartikels.

Ansonsten wollen wir aber immer internationalistischer werden, je mehr "Deutschland" bei vielen das einzige und vorrangige Thema ist. Daher in diesem Heft ein Bericht über den türkischen Exil-Autor **Nihat Behram** und ein Interview mit dem türkischen Asylbewerber **Garip Yilmaz**.

Daher außerdem Informationen zum Stand des Düsseldorfer Kurdenprozesses.

Auch wenn es den Anschein hat, als ob die Faschisten von REP, NPD, DVU und FAP bei der breiten Öffentlichkeit völlig in den Hintergrund getreten sind - deren Interessen sind zweifellos bei der augenblicklichen Regierungspolitik hervorragend aufgehoben - die Faschisten sind regsamer als je zuvor und baden geradezu in der "Volkstümlichkeit" der nationalen Begeisterung.

REPs verabschieden ein neues Parteiprogramm in Rosenheim (hierzu drucken wir eine Stellungnahme des SPD-Bundesvorstands), NPD marschiert am 17. Februar in Frankfurt/M. auf, FAP plant Bundesparteitag am 10. März, dies nur einige Stichworte.

Doch auch die AntifaschistInnen sind wieder munterer geworden. Immerhin nahezu 3000 Menschen protestierten gegen den NPD-Aufmarsch in Frankfurt. Am 5. Mai berät die landesweite Antifa-Konferenz in NRW ihre weiteren Aufgaben.

Mehr als schädlich das Machtspiel der SPD-orientierten Kräfte, die den bundesweiten Bündniszusammenschluß erst einmal zum Scheitern gebracht haben.

Und unsere **AntifaZ**? Wir mühen uns redlich, Schritt zu halten. Die Unterstützung hat zugenommen, aber mit den Finanzen siehts nach wie vor "mies" aus.

Bitte an alle: Zahlt Eure Abos, unterstützt die AntifaZ durch ein **Förder-Abo**.

Trotz alledem: Der Kampf geht weiter!

**Nie wieder Deutschland!**

Kommt alle zur bundesweiten Demonstration am 5. Mai!

Mit herzlichen Grüßen

Eure

ANTIFAZ-Redaktion

# Nie wieder Deutschland!

Gegen „Wieder-“ oder „Neuvereinigung“ von BRD und DDR



Am 21. Januar 1990 trafen sich in Köln verschiedene linke Zusammenhänge, die seit einiger Zeit unter dem Namen "Radikale Linke" fungieren. Unter dem Motto "Nie wieder Deutschland" verabschiedeten sie einen Aufruf zu einer bundesweiten Demonstration, die (voraussichtlich) am 5. Mai 1990 in Frankfurt/Main stattfinden wird. Bedauerlich, daß dieser Termin mit der ebenfalls an diesem Tag stattfindenden NRW-landesweiten Konferenz antifaschistischer Organisationen und Initiativen zusammenfällt.

Dennoch ist diese Initiative zu begrüßen, ist sie doch Teil eines, wenn auch nach wie vor sehr geringen Widerstands gegen die "Großdeutschland"-Pläne der BRD.

Im folgenden drucken wir den Aufruf in Auszügen ab

Von einem Tag auf den nächsten ist die Bundesrepublik in einen deutsch-nationalen Taumel geraten, der in der Nachkriegszeit ohne Beispiel ist. Als die Mauer geöffnet wurde, setzte die bundesrepublikanische Politik die Wiedervereinigung auf die Tagesordnung. Im Bundestag sang eine großdeutsche Allparteienkoalition das Deutschlandlied-ähnlich wie einst am 4. August 1914 nach Beginn des 1. Weltkriegs, und ähnlich wie am 17. Mai 1933 zur Bekräftigung der außenpolitischen Erklärung Hitlers. Mit dem nationalistischen Taumel verband sich der Triumph des Sieges über das "Reich des Bösen".

## "Realer Sozialismus" am Ende

Es ist ja wahr: Das System, das sich "Realer Sozialismus" nannte, ist am Ende. Viele Menschen, die sich zwar nie mit der spezifischen Gesellschaftsform

der DDR, UdSSR usw. identifiziert, sich aber für eine sozialistische Gesellschaft und gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung engagiert hatten, spüren in ihrer Arbeit und im öffentlichen Klima die Offensive von rechts: Es läuft eine massive, teils offene, teils subtile Kampagne, mit der Überlegungen zu einem "Sozialismus" gleich welcher Art, oder planvollem Wirtschaften, aus der gesellschaftlichen Diskussion ausgegrenzt werden sollen.

Stattdessen wird das Hohelied auf die Leistungsgesellschaft und den Markt- und das heißt: auf ein Wirtschaften nach dem Recht des Stärkeren angestimmt. Gleichzeitig ist das Wiederaufleben eines neuen großdeutschen Nationalismus, Revanchismus, Antisemitismus und verschärften Rassismus

sowie ein anhaltender Sexismus festzustellen.

### **Kapitalismus siegreich**

Der Kapitalismus erwies sich in der Auseinandersetzung mit den nichtkapitalistischen Gesellschaftsordnungen des RGW als siegreich. Die Strategie des Imperialisismus, diese Gesellschaftssysteme zu beseitigen, hat Erfolg.

Dieser Sieg resultiert allerdings nicht nur aus der Stärke des kapitalistischen Systems, sondern auch aus der inneren Brüchigkeit der bürokratischen Herrschaft in den RGW-Staaten.

Alle Versuche, den Kapitalismus zu überwinden- kommunistische Genossenschaften in den USA im 19. Jahrhundert, die Pariser Commune 1871 und jetzt auch die nichtkapitalistischen Gesellschaften im RGW-Bereich- konnten von diesem bis heute niedergemacht werden.

Damit hat sich vorerst eine Ordnung durchgesetzt, die auf Ausbeutung und Ausrottung beruht: Ausbeutung von bezahlter und unbezahlter Arbeitskraft und Raubbau an der Natur in den am höchsten entwickelten kapitalistischen Ländern, dazu Verelendung und Ausrottung ganzer Völker in den Teilen der Welt, die in "Unterentwicklung" gehalten werden. Die Mobilisierung aller

jenigen Staaten, welche den kapitalistischen Zentren nicht völlig parieren, werden bleiben. Überdies ist zu befürchten, daß imperialistischer Größenwahn sich mit der Zersetzung der RGW-Staaten weiterentwickelt und auch eine militärische Dynamik gewinnt. Es ist daran zu erinnern, daß die



Demonstration: Nein zu Großdeutschland, Stuttgart

noch gar nicht so lange zurückliegende westliche "Nachrüstung" von Szenarien ausging, welche eine verblüffende Ähnlichkeit zur heutigen Realität aufweisen.

### **Bonner Großdeutschland-Pläne**

Wie sehr sich die Bonner Regierenden bereits als die Herren von morgen auführen, zeigt sich daran, daß sie sich weigern, die Unantastbarkeit der polnischen Westgrenze zu garantieren. Wenn Bundespolitik und Bundesjustiz über die Grenzen von 1937 rasonieren, denken die Menschen im Ausland an 1939. Das stört die CDU nicht. Und wenn SPD und FDP heute eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ohne Wenn und Aber fordern, so verschweigen sie, daß das Wenn und Aber Bestandteil ihrer eigenen Ostpolitik der siebziger Jahre war. Ihnen geht es darum, die Wiedervereinigung unter Dach und Fach zu bringen-dann sehen sie weiter. Ein Willy Brandt, der sich in der Springer-Presse als Gesamtdeutscher feiern läßt,

verhöhnt heute alle diejenigen, die sein Niederknien im Warschauer Ghetto einmal bewegt hat.



Reichtümer, die durch Ausbeutung und Ausrottung für den "Freien Westen" gewonnen wurden, gehört ebenfalls zu den Voraussetzungen des kapitalistischen Siegs.

### **Weltkrieg noch immer möglich**

Gegenwärtig hat es den Anschein, als ob durch den faktischen Auflösungsprozeß der Militärorganisation des Warschauer Paktes ein Weltkrieg unwahrscheinlicher geworden wäre. Aber: Rüstungsproduktion, Rüstungsexport, militärische Interventionen gegen die-

### **Kapital erobert die DDR**

Schon längst erfolgt eine ökonomische und politische Durchdringung der DDR. Ihre zukünftigen formellen Regierungen werden für die "sozialen Grausamkeiten" verantwortlich zeichnen, die im Rahmen eines solchen Prozesses einem großen Teil der Bevölkerung aufgebürdet werden, z.B. insbesondere den Frauen. Es zeichnet sich schon jetzt ab, daß den Frauen eine negative "Vorreiterinnen"-Rolle zugeordnet wird: So sind von den anstehenden Umstrukturierungen und Entlassungen zu 80% Frauen betroffen. Auch ist zu befürchten, daß bisherige DDR-spezifische positive Errungenschaften der sozialen, materiellen und rechtlichen Situation von Frauen wieder zurückgeschraubt werden.

### **"Wiedervereinigung" steht vor der Tür**

Die Meinungsmacher in der Bundesrepublik und zunehmend auch in der DDR bereiten uns schon jetzt allmählich auf zukünftige Volksabstimmungen in beiden deutschen Staaten über eine etwaige Wiedervereinigung oder "Neuvereinigung" vor. Es ist denkbar, daß sich in der DDR eine Mehrheit dafür findet.

Wir aber wollen dafür eintreten, daß möglichst viele Frauen und Männer in der Bundesrepublik sich **gegen die staatliche Einheit "Deutschlands"** oder andere nationalistische Wege entscheiden. Dies wäre im Interesse der Lohnabhängigen und Ausgegrenzten. Von einem nationalen Taumel haben sie nichts als Nachteile:

Er dient einzig dem maximalen Profit Weniger, befördert die Disziplinierung der Opposition und bedroht alle Ansätze humanistischer, antisexistischer sowie ökologischer Politik.

### **Gegen Nationalismus und Deutschtümelei - Für Solidarität und Menschlichkeit !**

Viele, die aus der DDR in die BRD kommen, wollen leben wie die überwiegende Mehrheit hierzulande. Diejenigen unter ihnen, die sich mit der hiesigen, bundesdeutschen Ellenbogengesellschaft identifizieren und gar in den großdeutschen Chor miteinstimmen, begegnen wir mit einem negativen Patriotismus: Jede Asylbewerberin, jeder Asylbewerber, jede Immigrantin und jeder Immigrant aus den Ländern, die von der Bundesrepublik mit ausgeplün-

dert werden, stehen uns näher als diese euphorischen "Brüder und Schwestern". Dem Nationalismus und der Deutschtümelei wollen wir Menschlichkeit und Solidarität entgegenstellen - die Solidarität mit den Schwachen, Ausgegrenzten und Stigmatisierten, die sich über alle Grenzen hinweg gegen die Herrschenden und Mächtigen richtet gerade angesichts eines wachsenden Nationalismus, der eine verstärkte Repression befürchten läßt.

### **Bundesweite Demonstration gegen die Wiedervereinigung**

Die angeblichen nationalen Gemeinsamkeiten zwischen "Ostdeutschen" und "Westdeutschen" beruhen zumeist auf gemeingefährlicher Einbildung. Deutsch wird nicht nur in Bonn und Weimar gesprochen, sondern auch in Innsbruck, Zürich und Liechtenstein. Goethe fühlte bekanntlich undeutsch. Einen gemeinsamen Staat haben Sachsen und Hessen nur von 1871 bis 1945 gehabt, und das reichte für zwei große Kriege. Zwischen Westdeutschen und Ostdeutschen besteht allerdings eine Haftungsgemeinschaft für das, was sie präzise: die in Deutschland Herrschenden und alle, die sie unterstützten - in der Vergangenheit zusammen an Verbrechen begangen haben.

Das antikolonialistische Recht auf Selbstbestimmung können die Deutschen nicht in Anspruch nehmen, denn sie sind niemandes Kolonie. Auf die formaljuristische Möglichkeit, "in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden" (Grundgesetz BRD), sollten sie verzichten angesichts des Schadens, welchen das Deutsche Raub-Reich der Jahre 1871-1945 angerichtet hat. Entsteht ein neuer deutscher imperialistischer Koloz, wird niemand die anderen Völker Europas, vor allem des Ostens, vor ihm schützen können.

Wir schlagen eine bundesweite Demonstration vor **gegen die Wiedervereinigung, für die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR sowie für radikale Abrüstung in ganz Europa** - mit Kampagnen für jeweils einseitige Vorleistungen hierzulande: Raus aus der NATO, Auflösung von Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Geheimdiensten.

**Radikale Linke, 21.1.1990**

# JUSOS SPALTEN BUNDESWEITE ANTIFA-KONFERENZ

Das Projekt "Antifaschistische Bundeskonferenz" im Sinne eines bundesweiten Bündnisses zwischen antifaschistischen Initiativen und einem Parteien- und Organisationenspektrum unter Einschluß der Gewerkschaften, der christlichen und Friedensbewegung bis hin zur CDU ist am Ende der 2. BUNDESKONFERENZ am 10./11.2. in Frankfurt/Main vorerst gescheitert.

Festgehalten werden muß, daß verantwortlich dafür Juso-Bundesvorstand und ehemalige DKP-Mitglieder waren.

Die Auftaktveranstaltung in der Frankfurter Paulskirche sollte von OB Volker Hauff (SPD), Ulla Gorges (Aktion Sühnezeichen), Horst-Eberhard Richter (Psychologe), Wolfgang Wolf (DDR, 1984 aus der SED ausgeschlossen), Klaus Zwickel (IG Metall) und einer Türkin als Vertreterin der AusländerInnen bestritten werden.

Veranstalter waren der bundesweite Arbeitsausschuß und das grüne Frankfurter Amt für multikulturelle Angelegenheiten, während in Bremen immerhin noch ein breiter Kreis antifaschistischer Initiativen und Organisationen aufgerufen hatte. Für viele AntifaschistInnen hatte die Konferenz dadurch zurecht den Charakter, daß ihnen einige Prominente was über Antifaschismus vorerzählen sollten, während die antifaschistischen Initiativen zu einer sozialdemokratisch/grünen Richtungsbewegung umgemodelt werden sollten. Kein Wunder, daß etliche Vertreter von Initiativen während der Eröffnungsveranstaltung lautstark protestierten und ein Transparent "Kampf dem Faschismus heißt Kampf jeder Herrschaft" entrollten.

Die Plenen und Arbeitsgruppen am Samstag und Sonntag waren unterschiedlich gut besucht, nicht alle fanden statt.

Der Eklat kam zum Schluß: Bereits während der Konferenz war ein Beschluß des bundesweiten Arbeitsausschusses bekannt geworden, künftig DKP und SDAJ nicht mehr als unterstützende Organisationen des Arbeits-



ausschusses aufzuführen. Begründet wurde dies mit angeblicher Nicht-Mitarbeit. Außerdem widerspräche die Politik der beiden Organisationen dem Zweck des Bündnisses.

Eingebracht worden war dies von Martin Stadelmaier, Juso-Bundesvorstand, und Rainer Moitz, aus der DKP ausgetretener Bremer Vertreter im Ausschuß, der auch im Forum "Entstehungsbedingungen des Faschismus" die reaktionäre Totalitarismus-Theorie in Form einer "neuen" Faschismusdefinition einführen wollte. Die "neue" Definition: Stalinismus=Faschismus.



Die Teilnehmer des Forums verabschiedeten stattdessen einen Beschluß, der in das Abschlußplenum eingebracht wurde und in dem das Vorgehen des bundesweiten Arbeitsausschusses als Ausgrenzung von AntifaschistInnen scharf kritisiert wurde. Auch seitens der antifaschistischen Landeskoordination NRW lag ein Antrag vor, daß alle antifaschistischen Kräfte weiterhin Zugangsrecht zum Bundesausschuß haben sollten.

Der Versuch der Ausgrenzung von DKP und SDAJ ging Hand in Hand mit dem Versuch, die antifaschistische Bundeskonferenz auf "Wiedervereinigung" und Zustimmung zur SPD-Linie gegenüber der DDR festzulegen. Im Vorfeld der Konferenz war es noch möglich gewesen, ein konsensfähiges Thesenpapier für die Abschlußresolution zu entwickeln ("Jegliche Infragestellung der Nachkriegsgrenzen in Europa lehnen wir entschieden ab. Jegliches politische Handeln hat von der Tatsache auszu-

gehen, daß zwei deutsche Staaten existieren.(...) Daher wenden wir uns gegen jegliche Vereinnahmungspläne und gegen jede Einmischungspolitik gegenüber der DDR und anderen Ostblockstaaten.")

Auf der Konferenz tauchte plötzlich eine von einzelnen Mitgliedern des Bundesausschusses eingebrachte "Aktionsresolution 90" auf, in der von einem "dramatischen Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten" die Rede war. Die Konferenz sollte plötzlich die SPD-Forderung nach einer "gesamteuropäischen Friedensordnung auf der

Grundlage des KSZE-Prozesses" erheben. Auf einer öffentlichen Redaktionssitzung am Samstagabend wurde dies scharf kritisiert. M. Stadelmaier kündigte daraufhin für die Jusos an, wenn der Beschluß gegen DKP/SDAJ nicht zustandekäme und das "alte Dogma von der Zweistaatlichkeit" nicht endlich fallen würde, stiege er aus der Konferenz aus.

Genau dies passierte dann auf dem Abschlußplenum. Eine sehr große Mehrheit der TeilnehmerInnen stimmte der Kritik an der Ausgrenzungspolitik gegenüber DKP und SDAJ zu, worauf M. Stadelmaier, bis dahin Diskussionsleiter, erklärte, die Jusos stiegen aus der Konferenz aus; IG Metall und Aktion Sühnezeichen schlossen sich dem an. Vermerkt werden muß, daß Vertreter der Hamburger Jusos und Gewerkschaftsmitglieder unmittelbar danach gegen dieses Vorgehen protestierten.



Ein geordneter Konferenzverlauf war nicht mehr möglich, die Konferenz löste sich nach hitzigen Diskussionen auf. Geplant ist, eventuell über die Landeskoordination NRW zu einem bundesweiten Treffen der Landeskoordinationen einzuladen, um zu beraten, was weiterhin möglich sein wird.

Der Versuch der Wiederbelebung eines auf Bundesebene operierenden antifaschistischen Aktionsbündnisses ist eher skeptisch zu beurteilen. Sozialdemokratische Kräfte hatten ein solches Projekt wohl Anfang 1989 noch für interessant gehalten: Die wachsende Empörung über die Wahlgewinne der Faschisten ließen die antifaschistische Bewegung interessant erscheinen. Inzwischen hat sich die politische Ausgangssituation geändert: Die deutsch-nationale und revanchistische Politik der SPD-Führung gegenüber der DDR hat an einer starken antifaschistischen Bewegung kein Interesse, sie kann sie nicht ohne weiteres vereinnahmen und muß eher mit antifaschistischer Opposition gegenüber ihren DDR-Anschlußplänen rechnen.

Die antifaschistische Bündnisarbeit wird vor allem örtlich, regional und auf Landesebene weiterentwickelt werden müssen - das heißt auch das Bündnis mit sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Kräften auf der Grundlage der kritischen Auseinandersetzung gegenüber Nationalismus, Revanchismus, deutscher Großmachtspolitik, Militarismus und Rassismus.

#### **Aus einzelnen Arbeitsgruppen: AG "Wiedervereinigung-Nein"**

Die Referenten waren M. Jansen, Netzwerk Friedensinitiativen, Vertreter von Pax Christi, D. Dehm, SPD Frankfurt und Sabine Wolf, Neues Forum, DDR.

Die SPD-Richtung war vorherrschend. Die Frage: "Was kann man tun?" war eher rhetorisch gemeint. Die Antwort gaben sich die Referenten in der Weise, die DDR benötige und wolle bundesdeutsche Hilfe, "wir" müßten z.B. den branchenstrukturschwachen Betrieben helfen, "die Macht der Fakten" wurde beschworen.

Es gehe jetzt um "die Neugestaltung der Beziehungen und der gegenseitigen Abhängigkeiten", ein perspektivisches Zusammenwachsen müsse ins Auge gefaßt werden. Was in den Beiträgen nicht oder nur am Rande auftauchte, waren soziale Widersprüche. Gegensätzliche



Interessen wie Lohnarbeit und Kapital wurden gar nicht thematisiert. Die "Europäische Friedensordnung", die eine Entmilitarisierung bewirken sollte, war ein häufig gebrauchter Begriff.

S. Wolf, Neues Forum, DDR, schnitt das Problem zwar vorsichtig an, es drohe soziale Benachteiligung durch die "Wiedervereinigung", jedoch sah sie diese als mehr oder weniger vollendete Tatsache an.

Insbesondere die Besucher aus der DDR verbreiteten den Eindruck, es gäbe in der DDR nur noch den Willen zur Wiedervereinigung. Einzig ein Vertreter der "Vereinigten Linken" aus der DDR bildete eine Ausnahme. Er appellierte an die westdeutschen Linken, "sich doch in erster Linie mit ihren eigenen Problemen zu befassen". Das sei der beste Beitrag zur Unterstützung der DDR.

#### **AG "Entstehung des Faschismus"**

Zwischen 100 und 150 Leute nahmen am Forum und der anschließenden Arbeitsgruppe "Entstehungsbedingungen des Neofaschismus" teil. Sie wurde ausge-

richtet von Mitgliedern der Bonner Initiative "Gemeinsam gegen Neofaschismus". Es referierte u.a. Reinhard Kühnl.

Kühnl erklärte, daß ein Erfolg von Faschisten nur möglich sei bei "Zulauf von unten" **und** "Unterstützung von oben". Im Folgenden befaßte er sich jedoch fast ausschließlich mit der Frage nach der Anhangbildung faschistischer Organisationen. Gründe für den zunehmenden Erfolg faschistischer Organisationen sind nach Ansicht von Kühnl neben der Verschärfung der Konkurrenz bis hin zum "Existenzkampf" auch "nationale Eigenheiten", die Verdrängung des "Gefühls Heimat" und ähnliches. Die Aufgaben der AntifaschistInnen blieben entsprechend unklar. Kühnl: "Die Mas-

sen müssen sich selbst bewegen."

Er stieß in vielen Punkten auf Widerspruch. Eine sachliche Diskussion erwies sich jedoch als fast unmöglich, zumal erste Kritik seitens der Marxistischen Gruppe mit grenzenloser Polemik von Kühnl beantwortet wurde.

Der Vorschlag der Initiative "Gemeinsam gegen Neofaschismus", die Arbeitsgruppe "Neofaschismus" im Rahmen der bundesweiten Konferenz zu einer "ständigen Arbeitsgruppe" auszubauen, stieß auf Zustimmung. Hierbei geht es den Initiatoren im wesentlichen um die Zusammenarbeit der antikapitalistischen Richtung im Antifaschismus. Die Aufgaben einer solchen Arbeitsgruppe konnten jedoch nicht mehr diskutiert werden und blieben daher unklar.

## 12. LANDESWEITE ANTIFA-KONFERENZ

### 5. Mai 1990 in Düsseldorf

**AUFRUF Zur landesweiten Demonstration und 12. landesweiten Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen  
5. Mai 1990, Düsseldorf**

**Unter dem Motto "Gleiche demokratische und soziale Rechte für Deutsche, Ausländerinnen und Ausländer! Kein Fußbreit den Faschisten! Keine REP in den Landtag! Für ein konsequent antifaschistisches Nordrhein-Westfalen!" wird zur 12. landesweiten Antifa-Konferenz nach Düsseldorf aufgerufen.**

Im Vorschlag für einen Aufruf heißt es u.a.:

"Insbesondere bei Menschen in den Ballungszentren an Rhein und Ruhr fiel die demagogische Parole "Ausländer raus" und der Ruf nach dem "starken Mann" auf fruchtbaren Boden. Hier erreichten die REP 6-7 % der Stimmen. Durch die rechte Politik wurden die sozialen Probleme wie Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit verschärft; die Menschen wurden unter erhöhten Konkurrenzdruck gesetzt und sozial vereinzelt; sie wurden durch ausländerfeindliche Politik und Großmachtgetöse an ein nationalistisches Denken herangeführt."

Über den vorgelegten Vorschlag berät eine "Endredaktion", die sich am **Sonntag, dem 11.3.90, um 10.00 Uhr im VVN-Büro, Volmerswertherstr. 76, Düsseldorf, trifft.**

**Das nächste Vorbereitungstreffen findet statt am Sonntag, dem 1. April, 15.00 Uhr, in der Gaststätte "Artemis", Blücherstr. 6, Düsseldorf.**



## SPD

### ZUM NEUEN PARTEIPROGRAMM DER SOGENANTEN REPUBLIKANER

Die "Republikaner" bleiben im Kern, was sie waren: Eine chauvinistische, antiegalitäre Partei. Sie verharmlosen den Nationalsozialismus, sie schüren Fremdenfeindlichkeit, wollen demokratische Rechte einengen, rufen nach dem autoritären Staat und haben wirtschafts- und sozialpolitisch nichts zu sagen.

Am 13./14. Januar 1990 haben die "Republikaner" auf ihrem Parteitag in Rosenheim ein neues Parteiprogramm verabschiedet. Es löst das aus dem Jahr 1987 ab.

Recht überzeugt vom neuen Programm mit dem monströsen Titel: "Parteiprogramm 1990-Unser Bekenntnis: Deutschland-Unsere Forderung: Wiederherstellung Deutschlands-Unsere Vision: Berlin-Hauptstadt Deutschlands" scheint sogar Schönhuber nicht zu sein: "Das neue Programm ist nicht das Gelbe vom Ei."

Der Parteitag der REP trug teilweise gespenstische, teilweise groteske Züge. Angeblich gab es für die "Programmdebatte" eine Flut von Änderungsanträgen. Diese lagen dem Parteitag nicht vor. Das Tagungspräsidium erklärte zu-

nächst, sie seien in einen neuen Entwurf, der jedoch ebenfalls nicht vorlag, eingearbeitet worden. Bei Nachfrage eines Delegierten stellte sich dann heraus, daß die Programmkommission alle diese Anträge durchgeschaut habe und der Meinung sei, daß ihr ursprünglicher Entwurf diese Anträge bereits berücksichtige.

Demzufolge wollte das Tagungspräsidium nur mündliche Anträge aus dem Plenum zulassen. Der Parteitag ließ sich das gefallen. Prägend war das weitgehende Desinteresse an dem Programm und ein unglaublicher Umgang des Tagungspräsidiums und der Parteiführung mit demokratischen Geflogenheiten einer Debatte. Die Parteitagsdelegierten wollten entmündigt werden-autoritäre Führung war gefragt. Ziel des Vorstandes wares, auf jeden

Fall ein neues Programm zu verabschieden, denn ansonsten, so Schönhuber, würden "wir einen Wahlkampf mit einem fatalen Anhängsel", nämlich dem alten Programm, führen. Die teilweise chaotische Debatte war geprägt von dem Bemühen Schönhubers und Co., jeden Anstrich mangelnder Legalität zu vermeiden.

Beispiel: Es wurde immer wieder versucht, bei Zahlungen, Leistungen, etc. den Zusatz "deutsch" miteinzubringen. Dies wurde vom Tagungspräsidium im-



„Neugeborenes, nicht Lebenstüchtiges sollte man gleich . . .“  
 Marlene Raeke (48) findet an Hitler gut, daß er „reine deutsche Menschen züchten“ wollte. „Geistesranke“ würde sie zwangssterilisieren lassen.

mer mit dem Hinweis auf das Grundgesetz abgelehnt. O-Ton des Versammlungsleiters: "Es wäre unklug", Leistungen für die Familie auf deutsche Familien zu konzentrieren. Wurde es problematisch, griff Schönhuber ein und diktierte der Versammlung, wo es programmatisch entlang gehen sollte.

#### **Gravierende Veränderungen und Kontinuitäten gegenüber dem bisherigen Programm**

Das Programm ist geglättet und von Reizworten befreit. Verschwunden sind z.B. allzu krasse Ausländerfeindlichkeit, die unverhohlenen Zensurandrohungen für die Medien, die Grundrechtsgewährung nur für "loyale" Bürger (Programm 1987), die Ausführungen zum Zivilschutz oder auch die Anmerkungen zur Rolle der Frau.

Deutlich stärker akzentuiert sind die Deutschlandpolitik und der Bereich "Innere Sicherheit". Die autoritären Vorstellungen vom "Obrigkeitsstaat" sind unverändert. Das Kapitel zu Erziehung, Bildung, Wissenschaft und Kultur ist in der Substanz unverändert. Nationale

Einsatzbereitschaft, "in der Tradition deutscher, christlicher und abendländischer Geschichte und Kultur", soll gefördert werden. Keine relevanten Neuerungen bei Arbeit und Soziales: Es bleibt wenig substantiell. Der bis dato schon umfangreiche "Sonderangebotskatalog" für Zielgruppen wurde weiter aufgefächert.

Schönhuber und Co. haben im Programm eine deutliche Akzentverschiebung vorgenommen. Angestrebt wird Reputierlichkeit, die Sprache zielt auf die CSU, die Deutsch-Nationalen in der Union insgesamt, aber auch auf die ÖDP, deren Potential im ländlichen Raum Süddeutschlands für die REP lohnend erscheint. Die Unions-Rechte wird es schwer haben, programmatische Unterschiede zu den "Republikanern" zu verdeutlichen.

#### **Verfassungswidrig und rechts-extrem**

Bereits auf der Aufschlagseite des Programmentwurfs bekannten sich die REP- unterstütz durch ein Schaubild zu den im Grundgesetz verankerten Grundrechten. Dies ist ein wesentliches Anliegen des Programms: Es gefällt sich in dem gebetsmühlenartig vorgetragenen Versuch, jeglichen Verdacht des Extremismus oder der mangelnden Grundgesetزتreue zu zerstreuen.

**Jedes Kapitel** bringt den (teils falsch wiedergegebenen) Hinweis auf die Grundrechte, das Grundgesetz oder die Grundsätze anerkannter Berichte, Verträge, Institutionen usw. Der Wolf hat soviel Kreide gefressen, daß es jeder merkt. Es gibt keine Partei in der Bundesrepublik, die es nötig hat, sich derart plakativ auf die Gesetzeslage zu berufen.

#### **Völkische Ideologie**

Gerade unter dem Aspekt möglicher verfassungsrechtlicher Einwände waren völkische Formulierungen schon im bisherigen Programm selten. Doch auch im neuen finden sich noch eindeutige Belege: "Untrennbarkeit von Volk, Nation und Staat", die Rechtskonstruktion einer "Superlegalität des deutschen Volkes", "gesundes Bauerntum ist eine Lebensfrage für das gesamte Volk", Bedrohung des Volkes durch "naiven Materialismus", "mangelnden Respekt vor dem ungeborenen Leben" usw. (...).

#### **Ungebremster Chauvinismus**

"Deutschland" heißt das Programm der REP. Deutschlands "Wiederherstel-

lung" soll zum "Kardinalpunkt unserer Außenpolitik" gemacht werden. "Wir stehen auch in der Tradition Bismarcks...Gefordert ist...eine Politik, die das nationale Interesse unseres Volkes über zeitgeistige Strömungen stellt. Unsere Politik darf nicht ständig von dem schlechten Gewissen, resultierend aus zwölf kriminellen Herrschaftsjahren, diktiert werden."(...)

Im Programmtext bleibt unklar, was "wiedervereinigt" werden soll. Eine beigefügte Karte zu "Deutschlands völkerrechtlicher Lage" macht ungebremsen Chauvinismus deutlich. Pommern, Ost- und Westpreußen zählen auf jeden Fall zu Deutschland, das Sudeten- und Memelland werden fest in den Blick genommen, ebenso Danzig und der ehemalige Korridor. Immerhin: Eupen-Malmedy, Elsaß-Lothringen und vielleicht noch Österreich sind nicht tangiert. Auf dem REP-Parteitag wurde am offiziellen Parteitag jedoch eine Karte verkauft, die neben diesen Gebieten auch Südtirol nicht vergessen läßt.

Im "Deutschlandpolitischen Konzept" ("Rosenheimer Erklärung" der REP (es gibt zwei) ist in diesem Zusammenhang von einer "großen europäischen Leistung" Polens die Rede-"so wie sie Frankreich erbrachte, als es die Saar freigab." Den "in den deutschen Staatenverband zurückkehrenden Provinzen" Polens wird ein Autonomiestatus angeboten. Die Sude tendutschen sollen in die Tschechoslowakei zurückkehren, ihr Eigentum zurückerhalten und "umfassenden Autonomiestatus" erlangen.

Dies Konzept hat in den letzten Wochen zu Protesten einiger Vertriebenenverbände bei den REP geführt. Es war nicht scharf genug.(...).

### **Geschichte in der Tradition des Dritten Reiches**

In völliger Kontinuität zum 87er Programm spricht das neue davon, daß sich die Politik der REP "dem Diktat und den Auflagen der Siegermächte von 1945" entziehe. Nach wie vor vernebeln die sog. Republikaner die deutsche Verantwortung für den Krieg. Nicht als Folge der NS-Diktatur wird die Spaltung Deutschlands angesehen, sondern als Ergebnis des sich in Folge "der militärischen Niederlage des Deutschen Reiches" verschärfenden Konflikte zwischen den USA und der UdSSR.

"Nur die äußere Gestalt Deutschlands" habe sich 1945 vernichten lassen.(...)

### **"Law and order"**

Der Abschnitt zu den Themen Innere Sicherheit/Kriminalität ist eines der Kernstücke des Programms.

"Nur ein starker Staat,...mit Autorität ausgestattet,...ist in der Lage für Gerechtigkeit zu sorgen und Sicherheit und Schutz für alle Bürger zu gewährleisten." Deshalb sind alle Teile des Sicherheitsapparates zu stärken und "ihnen ihre Handlungsfreiheit" zurückzugeben. Der Datenschutz ist abzubauen, der finale Rettungsschuß ebenso zu regeln wie die verdeckte Ermittlung. Resozialisierung habe den Täterschutz vor den Opferschutz gestellt. Strafen seien deutlich zu erhöhen, die Todesstrafe werde aber aus "ethischen" Gründen abgelehnt.(...)

der Ruf nach Obrigkeitsstaat ist allgemein. Sein Ziel ist der Abbau von Demokratie.



„Die holen die ganzen Neger rein“, unterstellt Carmen Rosendahl (27) den „Altparteien“. Mutter Ingrid (52) fühlt sich „als Deutsche nur noch wie ein Mensch zweiter Klasse“.

### **Wirtschafts- und Finanzpolitik: Eine Sammlung von Platitüden**

Ein wildes Sammelsurium von Einzelforderungen prägt den Entwurf auf den Feldern Wirtschafts- und Finanzpolitik. Populistische Forderungen, nach deren Vereinbarkeit, Realisierungs- und Finanzierungsmöglichkeiten nicht gefragt wird, sind beinahe endlos. Getreu den völkischen Ansätzen der REP hat "Marktwirtschaft...dort ihre Grenzen, wo...elementare Interessen des Volkes verletzt" werden. Gewerkschaften haben u.a. die Aufgabe, "...den Preis der Arbeit im Sinne des gesamten volkswirtschaftlichen Vorteils" zu sehen. In guter alter rechtsextremer Tradition singen die "Republikaner" das hohe Lied

freien Unternehmertums und mißachten die sozialen Belange der Arbeitnehmer. (...)

### Ausländer-Menschen zweiter Klasse

De facto unverändert sind die Ausführungen zum Thema Ausländer. Entfallen ist die ehemals angedrohte Streichung von Sozialleistungsansprüchen. Deutlicher die Absage an die multikulturelle Gesellschaft, "unser Land ist kein Einwanderungsland", härter die "Zuzugssperre für Ausländer", der "Familiennachzug nur in Ausnahmefällen", die Einschränkung des Asylrechts sowie der Zwang zu "Sach- statt Geldleistungen sowie gemeinnütziger Arbeit während des Asylverfahrens". Folgerichtig die Ablehnung des Wahlrechts, "auch für EG-Angehörige". (...) Es bleibt dabei: Ausländer und Asylbewerber sind den REP Menschen zweiter Klasse. (...)

### Gut versteckt: das reaktionäre Frauen- und Familienbild

Autoritärer Traditionalismus bestimmt weiterhin die Position der REP in Sachen Frau und Familie. Schönhubers "Glättungswillen" führte zwar zu einer fast völligen Tilgung der Aussagen zum Thema Frauen. Die REP gestehen den Frauen jetzt "das Recht auf Selbstverwirklichung" zu, in Kapitel 6 findet sich jedoch ein Halbsatz, der deutlich macht, daß das alte Bild gilt: "Der Zerfall... unseres Volkes zeigt sich..., in der Diffamierung der Frauen in ihrer Rolle als mütterlicher Mittelpunkt der intakten Familie,...". Es bleibt beim pa-



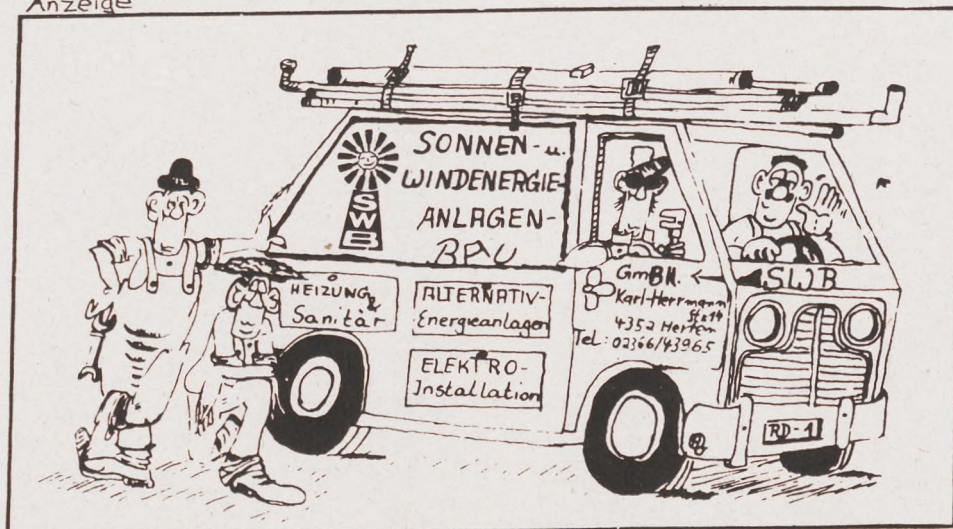
„Bei den anderen Parteien wird die Frau doch nur wie ein besserer Mann behandelt“ – findet Marlene Hagen (40), Angestellte in einer Werbeagentur. Außerdem ist ihr der § 218 zu liberal.

triarchalischen Konzept der REP – das Schweigen ansonsten ist in diesem Fall beredet. (...)

### Fazit

Das neue Programm der "Republikaner" ist eine kosmetische Überarbeitung älterer Aussagen. Weiterhin verfügen die REP über keine Konzepte für die Lösung drängender politischer Probleme. Der Eindruck eines Rechtsextremismus "auf Samtpfoten" (Cornelia Sonntag-Wolgast) verfliegt rasch bei genauerer Lektüre. Die "Republikaner" bleiben im Kern, was sie waren: eine chauvinistische, antiegalitäre Partei. (...)

Anzeige



# REPUBLIKANISCHER HOCHSCHULVERBAND VOR DER AUFLÖSUNG ?

Am 19.2. vermeldet die taz, daß sich der Republikanische Hochschulverband RHV am 31. März aufzulösen gedenke, 10 Monate nach seiner Gründung. Es sei "unmöglich, in diese Partei mehr Niveau hineinzutragen", habe der RHV-Vorsitzende Alexander von Schrenck-Notzing enttäuscht festgestellt.

Zumindest in Münster scheint man von einer Auflösung des RHV nichts zu wissen oder nichts wissen zu wollen, wie der folgende Bericht zeigt, der uns aus Münster zugegangen ist.

## Die Hochschulen: Schönhubers heimliche Bastion ?

Nach ihren spektakulären Wahlerfolgen formieren sich die sog. "Republikaner" zur bundesweiten Hochschul-Offensive. Schönhuber will vorzeigbare Mitglieder, die Programme auch mal ohne Rechtschreibfehler erarbeiten können. Ein parteinaher Jugendverband existiert bereits: im Mai 89 wurde in München der "Republikanische Hochschulverband"(RHV) gegründet und auf seiner ersten bundesweiten Mitgliederversammlung im Oktober 89 sein Programm verabschiedet.

Beide Veranstaltungen fanden im berühmt-berüchtigten Münchener "Bürgerbräu-Keller" statt. Schönhuber und die REP-Führungsspitze waren bei beiden Veranstaltungen präsent, sie waren Pate bei der Konstituierung des RHV.

Aufgabe des RHV ist es, die "Intellektualisierung" der REPs voranzutreiben, Akademiker und das Bildungsbürgertum sollen für die Ziele der REPs gewonnen werden.

Mittlerweile existiert der RHV auch in Münster. Wie auch in anderen Städten standen Burschenschaftler schlagender Verbindungen bei der Gründung des RHV Pate. In Münster gab **Frank Mielke**, Ex-Kandidat der FDP-nahen "Liberalen Studenten-Initiative"(LSI), Sprecher der schlagenden Verbindung "Franconia" und Vorsitzender des faschistischen "Gesamtdeutschen Studentenverbandes"(GDS) Münster des "Convents Deutscher Kooperationen" in einer Pressemitteilung vom 18.01.90 die Konstituierung des RHV Münster bekannt.

(Mielke ist auch stellv. Kreisvorsitzender der REP in Münster).

Damit erweitert sich die Kette der angestrebten bundesweiten Etablierung des RHV nach Frankfurt, Erlangen, Kiel, Tübingen, München und Freiburg um ein weiteres Glied. Die Schönhuber-Mannen (Frauen sind kaum vertreten) kommen ihrem im Münchener Bürgerbräu-Keller erhobenen Anspruch, binnen eines Jahres (also noch rechtzeitig vor der Bundestagswahl) an allen Hochschulen vertreten zu sein, formell um ein Stück näher.

Die Gründung des RHV auch in Münster kam nicht überraschend: seit Jahren versuchen Burschenschaftler, auf die studentische Politik Einfluß zu nehmen. Bis vor kurzem kandidierten diese jedoch auf Listen des RCDS oder der oben erwähnten LSI. Vor dem Hintergrund anhaltender Wahlerfolge der REPs und zunehmender deutsch-nationaler Besoffenheit wird jetzt aber eigene politische Aktivität groß geschrieben. So häuften sich im letzten Semester Flugblätter, Zeitungen und Broschüren der "Jungen Republikaner" im Gesamthochschulbereich Münster, kündigte der in der rechten Szene Münsters aktive Student Frank Mielke nach der spektakulären Aufdeckung der rechts-extremen Unterwanderung der LSI die Gründung des RHV Münsters an.

Kurz nach Bekanntgabe der Gründung des RHV riefen die Asten der Uni und der FH und ein breites politisches Spektrum zu einer **Protestkundgebung** vor dem Schloß auf. Unter dem Motto "Den Nazis keine Chance-Weder an den Hochschulen noch anderswo!" fand diese am 22.01.90 statt.

**Wir dokumentieren im folgenden den Redebeitrag, den Wolfgang Klinger, Referent für globale Fragen, für den Asta der FH hielt(gekürzt):**

Spätestens seit der Gründung des RHV vor wenigen Tagen ist es offensichtlich: Rechtsextremismus macht auch vor den Hochschulen nicht halt. Deutsch-nationales und rechtsextrêmes Gedankengut ist jedoch nichts Neues. Schon in der Weimarer Republik waren studentische Verbindungen aktiv an der Faschisierung der Hochschulen und Gesellschaft beteiligt, waren die Hochschulen Wegbereiter und Brutstätten des Faschismus(...). Auch nach 1945 setzten Burschenschaften und Studentenverbindungen, die national-konservative und gelegentlich auch faschistische Positionen vertraten, ihre politische Arbeit nach einer kurzen Pause fort.

Schon seit den sechziger Jahren ist der NPD-nahe "Nationaldemokratische Hochschulverband" (NHB) aktiv; die Kieler "Liste für Selbstbestimmung und Achtung Andersdenkender"(LISA) ist hingegen eine Gründung neueren Datums. Sie will nur deutsche Studierende

als Mitglieder und weist starke personelle Parallelen zu den Kieler REPs auf. Aus dem "Hochschulring Tübinger Studenten" stammen zwei Rechtsaußen, die für spektakuläre Anschläge verantwortlich sind: Gundolf Köhler zündete 1980 auf dem Münchener Oktoberfest eine Bombe und tötete 13 Menschen, Uwe Behrend brachte 1980 in Erlangen den jüdischen Verleger Shlomo Lewin und dessen Lebensgefährtin um. Anfang der 80er Jahre war der neofaschistische "Ring freierlicher Studenten"(RFS) an zahlreichen Hochschulen aktiv, so z.B. in Münster, Köln und Bonn. Seit 1987 ist in Hamburg die "Hochschulgruppe der Deutschen Volksunion" aktiv und wirbt mit Parolen wie "Ausländer kassieren Milliarden, an deutschen Studenten wird gespart. Bafög und Wohnraum zuerst für deutsche Studenten" um Mitglieder. Selbst der "Bund der Vertriebenen" mischt zunehmend mit, z.B. mit seinem "Gesamtdeutschen Studentenverband"(GDS).

Seit Mai 89 versuchen Schönhubers Mannen(...), mit dem "Republikanischen Hochschulverband"(RHV) an den Hochschulen Fuß zu fassen. Es sind ge-



Köln, Sommer 1989. Breites Aktionsbündnis gegen REPs.

foto: burkhard maus

rade Burschenschaftler und schlagende Verbindungen, die bei der Gründung von REP-Hochschulgruppen Pate stehen.

In München war dies z.B. Hans-Ulrich Kopp, eine der schillerndsten Persönlichkeiten der "Danubia". Auch in Münster ist dies nicht anders. (...)

Ich denke, es ist kein Zufall, daß gerade in dieser Zeit neofaschistische und rechtsextrême Organisationen auch an den Hochschulen wieder offen auftreten. Neofaschistischen Organisationen ist es in der BRD wieder gelungen, ein breites WählerInnen-Spektrum zu erreichen: REPs, DVU und NPD sitzen in zahlreichen Parlamenten. Neu ist das Problem Rechtsextremismus jedoch nicht: es ist vielmehr seit Jahren bekannt, daß bis zu 15 % der wahlberechtigten BürgerInnen in der BRD ein geschlossen rechtsextrêmes Weltbild haben-ich erinnere nur an die SINUS-Studie von 1981.

Neu hingegen ist, daß der Neofaschismus sich von einem verdeckten zum offenen Problem gewandelt hat und durch die Politik der Herrschenden forciert wird. Die Deutschtümelei der Bundesregierung und der SPD, besser gesagt: die deutsch-nationale Besoffenheit des "Deutschland einig Vaterland" macht großdeutsche Träume wieder gesellschaftsfähig. Indem die Bundesregierung Panikmache vor angeblicher Überfremdung betreibt, falsche Zahlen und Informationen über Flüchtlinge ver-



breitet und das Asylrecht aushöhlt, indem sie EinwanderInnen jegliche Rechtsansprüche verweigert und die Rechte von EinwanderInnen immer neu zu beschneiden versucht, hat sie die Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts nicht nur nicht bekämpft, sondern den Rassismus in diesem Punkt zur Regierungspolitik gemacht!

Anhaltende Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Sozialabbau in allen gesellschaftlichen Bereichen haben dazu geführt, daß die Angst um die soziale Existenz wächst.

Hinzu kommt, daß in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Umbruchphase, in der wir uns mit Riesenschritten der 2/3-Gesellschaft nähern, soziale Zusammenhänge geschwächt und zerstört werden, ohne daß Alternativen an ihre Stelle treten. Immer mehr Menschen, vor allem Heranwachsende, leben zunehmend isoliert und ohne identitätsstiftende gesellschaftliche Lebenszusammenhänge.(...)

Die antifaschistische Alternative, für die wir die Menschen gewinnen müssen, muß positive politische, moralische und kulturelle Zielsetzungen zum Inhalt haben.

Antifaschismus muß dringend raus aus der SpezialistInnenecke, ist kein politisches Fach-Ressort, sondern muß Querschnittspolitik sein.

Den zentralen Punkt stellt hierbei die

Demokratie-Frage, die der faschistischen Ideologie entgegengesetzt werden muß:

- dem Bild von der natürlichen Ungleichheit der Rassen und Menschen das Ziel gleicher Lebenschancen für alle

- dem Bild von der Wesensbestimmung der Frau als Mutter/Gebärmachine das Ziel der Befreiung der Frauen von Rollenfestlegungen

- dem Bild von der hierarchisch strukturierten Volksgemeinschaft das Ziel basis- und radikal-demokratischer Organisationsprinzipien, einer multikulturellen Gesellschaft der Toleranz, ohne Privilegien und Diskriminierung

- dem Ziel eines "großdeutschen" Reiches das Ziel zweier souveräner, entmilitarisierter, radikal-demokratischer, ökosozialistischer deutscher Republiken, die solidarisch mit den Befreiungsbewegungen der 3. Welt sind.

**Antifaschismus bedeutet also, eine politische Perspektive zu entwerfen, die attraktiver und einleuchtender ist als die der Rechten. Dazu gehört auch, deutlich zu machen, von welcher Seite Widerstände auf dem Weg zu einer gewaltfreien und herrschaftslosen Gesellschaft zu erwarten sind: vom Kapital und seinen Handlangern in Staat, Parteien, Justiz, Militär und Polizei.(...)**

Anzeige

**SONNENBLUME**  
Groß & Reuter  
SPRINGSTR. 2  
RECKLINGHAUSEN  
02361/13 927



- \* Lebensmittel aus kontrol. biologischem Anbau  
tätlich frisch: Obst und Gemüse  
Brot  
Milchprodukte
- \* Naturkosmetik
- \* Linn-Naturschuhe
- \* Auro-Naturfarben

ANDERS PRODUZIEREN, ANDERS ARBEITEN, ANDERS LEBEN

Geschäftszeiten: Mo.-Do. 9-18 Uhr, Sa. 9-13 Uhr

1  
2  
3  
D

# ANTIFASCHISTISCHE ZEITSCHRIFT

Informationen von und für AntifaschistInnen in Niedersachsen

## DER RECHTE RAND

In dieser Ausgabe beginnen wir mit einer Serie über die antifaschistischen Zeitschriften, die in der Bundesrepublik erscheinen. Inzwischen gibt es in einer ganzen Reihe von Städten Antifa-Zeitschriften und Zeitungen, teilweise auf kommunaler, teilweise auf überörtlicher, teilweise auf landesweiter Ebene. Teilweise Projekte unabhängiger Redaktionen, teilweise Organe von Bündnissen, teilweise offene (oder verdeckte) Partei-Zeitschriften.

In dieser Ausgabe wollen wir die Zeitschrift "Der Rechte Rand" vorstellen.

Der Titel ist Programm-Programm des grün-sozialdemokratischen Spektrums der Antifa-Bewegung, Programm der Gegner eines militanten Antifaschismus und antikapitalistischer Ansätze in der Antifa-Bewegung. Das Gesellschaftsbild der Zeitschrift: Es gibt eine horizontale Bevölkerungsstruktur mit verschiedenen "Rändern", den "linken" und eben auch den "Rechten Rand". Dieser ist unterschiedlich ausgeprägt, einmal ist er "fließend", dazu gehören z.B. die REPs und die Vertriebenen-Verbände, dann gibt es "die terroristische Fraktion am Rechten Rand", dazu gehört z.B. der "niedersächsische Neonazi Edgar Geiß".

Überhaupt ist es so eine Sache mit den Begriffen: So heißt es z.B. in einem Artikel von Rolf B. Bode mit der Überschrift "Machtkämpfe unter Extremisten":

"Der niedersächsische Landesverband der sogenannten Republikaner (REP) wird ähnlich wie der Westberliner Ableger dieser Partei von heftigen internen Machtkämpfen geschüttelt. Eine sich als modern und effizient verstehende rechtsradikale Minderheit, die vom hannoverschen Professor

Berndt Tschammer-Osten (früher CDU) dirigiert zu werden scheint, versucht bisher vergeblich, den alt-rechten REP-Landesvorsitzenden Norbert Margraf (früher NPD), aus dem Amt zu drängen.(...) Die Grabenkämpfe bei den Rechtsradikalen gehen weiter. Sie würden jedoch in Schönhubers Sinne mißverstanden, wenn man sie wie die "Hannoversche Allgemeine" als Auseinandersetzung zwischen "Rechtskonservativen" und "Extremisten" beschriebe. Schönhuber geht es nur um ein wahltak-



tisches Ziel: ein demokratisch aussehendes Aushängeschild für seine Rechtsradikalen zu finden, das nicht durch alt-braune NPD-Flecken verunziert wird."

Es geht "bunt" durcheinander: "alt-braun", "alt-rechts", "Rechtsradikale", "neu-rechte Minderheit" - einzig den Ausdruck "Faschismus" wird man in dieser Zeitschrift vergeblich suchen, und das ist kein Zufall.

Wohl spricht Georg Schwedthelm, DGB-Sekretär in Hannoversch-Münden in seinem Artikel über "Neofaschismus in Südniedersachsen", doch bleibt bei ihm im Nebel, ob nun DVU/NPD und/oder die REP als "Neo-Faschisten" bezeichnet werden.

Auch Andreas P. Zaleshoff spricht in einem Artikel über "Wehrsportgruppen, Anschläge und ein Führer" nur sehr nebelhaft vom "militanten Neofaschismus". Hier wird durchgehend das Kennzeichen "Terror" und "Militanz", nicht etwa eine **inhaltliche** Position als "neofaschistisch" bezeichnet.

Doch genug zur politischen "Einordnung".

Uns geht es hier auch keineswegs um Kritik an solchen Auffassungen - sie sind Teil der Antifa-Bewegung und werden dort diskutiert und kritisiert.

Nicht ganz so positiv finden wir allein die Tatsache, daß die Zeitschrift nicht eindeutig als "grün-sozialdemokratisches" Projekt **ausgewiesen** wird, der grüne Landtagsabgeordnete **Jürgen Trittin** erscheint ganz verschämt und ohne weitere Angaben im Herausgeberkreis.

Ansonsten nur Lob und ehrliche Bewunderung:

Die Zeitschrift ist professionell gemacht, gut lesbar, erfaßt ein breites Themenspektrum und ist hervorragend recherchiert (was man/frau von der AntifaZ nicht immer gleichermaßen sagen kann).

Auch scheint es zu klappen, in relativ kurzer Zeit eine Zeitschrift für ganz Niedersachsen aufzubauen - wir haben damit im Ruhrgebiet nach wie vor große Schwierigkeiten.

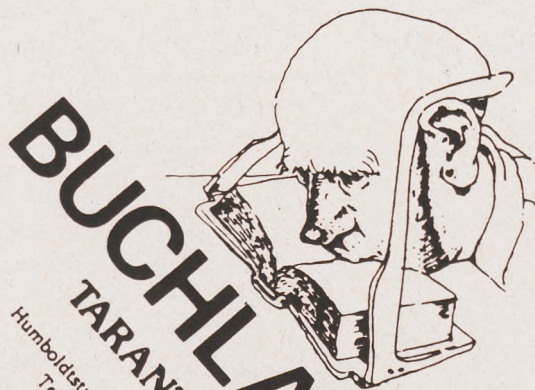
Fazit: Lesenswert und ausbaufähig.

**Abonniert den Rechten Rand - wie ?**

- durch Überweisung von 12,- (+ DM 4,- Porto) auf das Postgirokonto Hannover 44 55 86- 301 (BLZ 250 100 30)

- durch schriftliche Bestellung an die Adresse der Herausgeber: **Der Rechte Rand**, Postfach 1324, 3000 Hannover 1, Preis s.o.

## ANZEIGE



**BUCHLADEN**  
**TARANTA-BABU**  
Humboldtstraße 44 4600 Dortmund 1  
Telefon (02 31) 14 16 89

# blick nach draussen

## Brühl, 5.2.90

Am 30.1. führte die Grüne Liste Brühl (GLB) eine Veranstaltung durch zum Thema "Rechtsextremismus bei Jugendlichen". Anlaß dafür waren Hakenkreuz-Schmierereien und faschistische Parolen im Ort, durch die Stadt ziehende Gruppen von Neonazis und das Zusammenschlagen eines Jugendlichen und eines Schul-Hausmeisters durch Skinheads. Im März stehen zudem Bürgermeisterwahlen an, zu denen auch fa-

schistische Kandidaturen erwartet werden. Unter anderen soll dort wohl auch der Weinheimer "Deutsche Liste"-Stadtrat und NPD-Kreisrat Deckert kandidieren, der damit wohl wieder den von ihm schon in den 70er Jahren so genannten "Gau Kurpfalz" mit seiner Hetze bedecken will.

Neben ca. 50 vor allem vom Ort stammenden interessierten Menschen - darunter auch der CDU-Bürgermeister und der SPD-Fraktionsvorsitzende - kamen auch gegen 50 Skinheads, zusammen und offensichtlich koordiniert mit Deckert (ihrem "spiritus rector", wie die Lokalpresse berichtete).

Diese konnten aber im wesentlichen dank des entschlossenen Eingreifens von AntifaschistInnen aus dem Saal herausgehalten werden; die restlichen verließen bald den Saal. Die Veranstaltung fand statt bei Anwesenheit von uniformierter und Kriminal-Polizei. Der CDU-Bürgermeister sprach dafür, alle rechtlichen Möglichkeiten gegen die "schlimme Entwicklung" auszuschöpfen.

In der Veranstaltung sprachen viele für die Errichtung eines überparteilichen Bündnisses, das gegen faschistische Hetze und Übergriffe vorgehen soll. Dem Referenten aus Weinheim wurde zu Hause noch am gleichen Abend von Neonazis das Auto zertrümmert.



### Stuttgart, 8.2.90

Der Geschäftsführer bei der IHK Mittlerer Neckar, Gerhard Luedke, ist Parteivorsitzender der REP in Kornwestheim und Mitglied der dortigen REP-Gemeinderatsfraktion. Weiter leitet Luedke bei der IHK das Büro, welches für alle bundesdeutschen Kammern die Prüfungsaufgaben für die Gesellenprüfungen von 1,5 Millionen Lehrlingen jährlich ausarbeitet. Der IHK-REPler ist u.a. für die Prüfungsfragen im Fach Gemeinschaftskunde zuständig. Die Industriegewerkschaft Metall hat nun in einem Schreiben an den IHK-Hauptgeschäftsführer Peter Kistner verlangt, Luedke von seinen Funktionen zu entbinden. Kistner ließ daraufhin verlautbaren, er zweifle nicht an Luedkes "Korrektheit und an seinem Engagement". Die Stuttgarter IHK sieht sich "nicht in der Lage, Herrn Luedkes parteipolitisches Engagement zu unterbinden". Man habe aber den rechtsradikalen Geschäftsführer "au drücklich verpflichtet, die beamtenrechtlich vorgeschriebene Zurückhaltung zu beachten", was dieser auch zugesagt habe.

(Quelle: Stuttgarter Zeitung, 3.2.90, S. 25)



### Hattingen, 20./21. 1. 90

Am 20./21. 1. fand in der DGB-Jugendbildungsstätte Hattingen das zweite Forum "Antifaschismus heute-Perspektiven einer demokratischen und solidarischen Jugendarbeit" statt. Einlader der 80 TeilnehmerInnen war der DGB-Landesbezirk NRW.

Der Beginn der Veranstaltung bestand aus einem Referat und anschließender Diskussion mit dem Journalisten Otto Köhler, Hamburg. Da dieser nur eine vorgefertigte, druckreife Aussage vorlas, die alle TeilnehmerInnen unterschreiben konnten, und im Prinzip nichts Neues mitteilte, breitete sich gleich Gähnen aus, und die ersten Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, um in reizvoller Umgebung spazieren zu gehen. Der anschließende "Praxismarkt Antifaschismus" stellte Projekte vor. Das Projekt "Bleichstraße Bielefeld" und die Bürgerinitiative Pivitsheide zeigten dabei qualifiziert und deutlich



Möglichkeiten antifaschistischer Praxis auf. Besondere Aspekte gingen von hier aus auch in der Bündnisfrage aus. Dazu stellten sich der "Antifaschistische Koffer" Essen, der Initiativkreis "Gelbe Hand" und der Vorbereitungskreis "Dem Haß keine Chance" zur 2. Bundeskonferenz vor. Abgesagt hatten die GEW, die Falken und die Evangelische Jugend.

Das Gesprächsthema "Was tun-oder wie hilflos ist der Antifaschismus?" gestaltete sich auch so. WDR-Moderator Heiner Lichtenstein bescheinigte so auch Reinhard Hahn vom IGM-Hauptvorstand und Karsten Rothe, DGB-Landesbezirk, daß sie seit Jahren die Aussagen nach Ursachensuche und Beseitigung nur wiederholten und Rechtsextreme nun in die Parlamente einzögen. Roland Appel, MdB "Die Grünen", kam zwei Stunden zu spät und konnte mit dem, was er dann zur Diskussion beitrug, auch keinen anderen Eindruck vermitteln. Zuerst war noch Innenminister Heinemann eingeladen, der wollte den Innenstaatssekretär Wolfgang Riotte schicken; es tauchte dann aber nur noch Otto Krüger, Pressesprecher des Verfassungsschutzes NRW, auf. Mit dem diskutierte man dann so lange, bis man mit dem "dafür sind wir nicht zuständig, geht nicht, wir sind auch in Zukunft nötig..." genug hatte und zum Thema kam.



Nun drehte es sich auch um Bündnisfragen bei Aktionen und Initiativen, eine Forderung der Bleichstraße und Pivitsheide für ein breites Bündnis. Besonders IG-Bergbau-Teilnehmer und auch Aktive bei den Jusos zeigten Hemmnisse durch Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf. Die Hauptamtlichen sagten aus, sie hätten nichts mit diesen Beschlüssen zu tun, sondern die Kreisverbände legten vor allem aus falschem Verständnis ihre Jugend an die Leine. Manche Ortsfunktionäre täten dies leider auch mit einer parteipolitischen Brille. Auch der Hauptvorstandsvertreter Hahn lege einer Zusammenarbeit mit Autonomen keine Steine in den Weg.

Alles in allem wurde auf dem zweiten Hattinger Forum deutlich, daß Gewerkschaften offiziell auch in Zukunft einer rechten Entwicklung hilflos gegenüberstehen. Eine Mitschuld daran trägt auch eine gewisse Parteibuch-Mentalität bei vielen Funktionären. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

### Nürnberg, 5.2.90

Die "echten Nationalen" wollen ins Rathaus. Diesem Ziel diene am 13.1. eine Wahlveranstaltung der NPD im Nürnberger Stadtteil Eberhardshof. Ca. 200 Anhänger der NPD aus nah und fern waren gekommen. Spitzenkandidat R. Ollert brachte zunächst seine große Freude über die Ereignisse in "Mitteldeutschland" zum Ausdruck und behandelte dann einige konkrete Punkte des örtlichen Wahlprogramms. Einen großen Teil seiner Rede nahm die Behandlung der ausländischen Bürger der Stadt in Anspruch. Allein die Tatsache, daß der Anteil der AusländerInnen an der Wohnbevölkerung bei den sechs- bis 15-Jährigen 44,8 % betrage (bei unseren eigenen Berechnungen auf Grundlage der städtischen Bevölkerungsstatistik sind wir allerdings nur auf 27 % gekommen), zeige, daß Nürnberg über kurz oder lang völlig überfremdet sei und das Deutschtum hier keine Chance mehr hätte. Also gehöre der überwiegende Teil der Ausländer abgeschoben, wodurch gleichzeitig die Probleme auf dem Wohnungsmarkt bereinigt werden würden. Dazu gab dann später der NPD-Vorsitzende Mußnug die konkrete Handlungsanweisung: Wenn für jeden Aus- oder Übersiedler aus der DDR zwei Ausländer abgeschoben werden, gibt es für alle Deutschen Wohnraum genug.



Desweiteren sprach sich Ollert dafür aus, die Asylbewerber in Sammelunterkünften zu kasernieren, die laut Mußnug eh alle Verbrecher, Betrüger oder Arbeitsscheue seien, die man gleich an der Grenze abfangen und wieder zurückschicken müsse. Entsprechend lautet dann auch der erste Punkt des Wahlprogramms: Kein kommunales Wahlrecht für Ausländer.

In Punkt drei heißt es: Benennung eines "Platzes der Deutschen Einheit" statt eines "Nelson-Mandela-Platzes".

Punkt fünf: Vergabe von Wohnungen zuerst und vorrangig an Deutsche.

In Punkt 10 heißt es: Mehr Freizeitstätten für die Jugend und Förderung junger Familien, anstelle Hunderttausende Mark an Steuergeldern für kommunistische und anarchistische Umtriebe im "KOMM".

Auf Jugend, Familie und Erziehung verwandte Mußnug in seiner Rede lange Ausführungen, denn diese Bereiche seien äußerst wichtig für Förderung ech-

ter deutscher Gesinnung. "Wem nützt die deutsche Einheit, wenn ansonsten die Gesellschaft international zusammengewürfelt ist?" Einerseits hetzte er gegen die multinationalen Schulklassen, in denen der deutsche Lehrer den deutschen Schülern gar nicht mehr die deutsche Sprache und Kultur vermitteln könnte. Zum anderen denunzierte er die von vielen werdenden Müttern als letzter Ausweg angesehene Abtreibung als "Kinderholocaust" "wildgewordener Weiber", als "Verbrechen an der Zukunft der Deutschen". Die positive Einstellung vieler Menschen zum Recht auf Abtreibung bezeichnete er als den "Tiefstpunkt der sittlichen Verfallserscheinungen".

Bezüglich der Frage der "Deutschen Einheit", hinter der alles andere zurückstehen muß, war zu hören, daß laut Mußnug-die NPD schon seit 1972 das Modell der Konföderation beider deutscher Staaten angestrebt habe und daß die Kohlschen 10 Punkte zu 80 % fast wörtlich aus dem damaligen NPD-Konzept abgeschrieben seien. Daß Kohl dieses Konzept aufgegriffen habe, erfülle ihn mit Genugtuung. So heftig, wie die NPD die "Deutsche Einheit" anstrebt, so konsequent tritt sie für die Nicht-Anerkennung der polnischen Westgrenze ein :

"Solange die Polen uns nicht die geraubten deutschen Ostgebiete zurückgeben, solange gibt es für die polnische Wirtschaft keinen Pfennig."

Im "sozialpolitischen" Teil seiner Rede akzeptierte Mußnug die Arbeitszeitverkürzung als dem technischen Fortschritt geschuldet, sprach sich aber gegen den dazu notwendigen Lohnausgleich aus. Weitere Lohnerhöhungen "verkräften die deutsche Wirtschaft nicht". Stattdessen propagierte er die Beteiligung der Lohnabhängigen am Produktivvermögen, was er aber nicht weiter ausführte.

Aufgerufen wurde zum Schluß zu einer nordbayrischen Wahlveranstaltung am 11.3.90 in Herzogenaurach.



#### **Würzburg, 7. 2. 90**

500 Menschen beteiligten sich am 30.1. zum Jahrestag der Machtübertragung an die Hitlerfaschisten in Würzburg an einem Protestmarsch mit anschließender Kundgebung, auf der der Schriftsteller Bernd Engelmann sprach.



Den Aufruf zur Gegenwehr "gegen den zunehmenden Rechtsruck in der BRD" hatten folgende Organisationen unterstützt:

DGB-Kreis Würzburg, IG Medien, NGG, BSE, Metall, Gartenbau, Landwirtschaft, Forsten, VVN-BdA, DFG/VK, Chile-Komitee, Azania-Komitee, BWK, Volksfront, Autonome, Bunte Hilfe Nordbayern, Bezirksjugendwerk UF der AWO, DKP, Die Grünen, Würzburger Friedensinitiative, Autonomes Kulturzentrum, Bund für Geistesfreiheit, IAF Würzburg, Arbeitskreis Maizeitung, in Zusammenarbeit mit Buchladen Neuer Weg.

Von der Polizei wurde ein Transparent beschlagnahmt mit der Aufschrift: "Kein Europa der Vaterländer-Kein Vaterland Europa-Überhaupt kein Vaterland-Deutschland verrecke", da der Text "Verunglimpfung des Staates" sei.

Bernt Engelmann griff in seiner Rede die "Dreistigkeit der deutschen Rechten" an, mit der diese ihren Anspruch auf die Grenzen von 1937 formuliert. Die derzeitige "Nationale Besoffenheit" sei nur vorgeschoben. Den Interessenten gehe es um etwas ganz anders, nämlich um "nacktes Profitstreben".



### **Bönningstedt/Hasloh, 8.2.90**

Seit einem Vierteljahr treffen sich Faschisten aus Bönningstedt, Hasloh, Quickborn und Hennstedt-Ulzburg in der Bahnhofskneipe von Hasloh. Auf dem Bahnsteig und in der AKN werden immer wieder Menschen angepöbelt, angerempelt, bedroht und zusammengeschlagen. Einer der Höhepunkte organisierter Gewalt: Ein älterer Mann, der sich einmischte, als ein eingewanderter Jugendlicher bedroht wurde, erlitt Kopfverletzungen durch Schläge mit einer Eisenstange.

Da Hasloh ein Dorf ist, wissen die dortigen Faschisten, wer sich politisch engagiert und faschistische Aktionen ablehnt. Die Morddrohungen an den Bahnhöfen von Hasloh und Schnelsen ("Rechter, du bist tot"; "Clemens, wir kriegen dich"), mit Hakenkreuzen und SS-Runen, richteten sich an zwei Personen aus Hasloh. Zwei faschistische Schläger, die in der AKN zwei 18-Jährige krankenhausreif prügeln, laufen trotz Anzeige frei herum und bedrohen weiter Personen mit Baseballkeulen und Revolvern.

# AKTIONEN GEGEN NPD-AUFMARSCH IN FRANKFURT/MAIN

2-3000 AntifaschistInnen protestierten und kämpften am 17. Februar gegen die vom Kreisverband Frankfurt der NPD geplante Demonstration durch Frankfurt/Main. Das "Motto" der NPD: "Volksabstimmung für die Deutsche Wiedervereinigung". Aber das ging für die Faschisten an diesem Tag gründlich in die Hose, trotz massiven Polizeischutzes gelang es den AntifaschistInnen, den NPD-Aufmarsch weitgehend zu verhindern.

4 AntifaschistInnen aus Herne waren dabei. Einer von ihnen schickte uns den folgenden "Augenzeugen"-Bericht.

5 Uhr morgens, der telefonische Weckdienst weckt meine Freunde und mich.

Wir gehen in die Küche, machen was zu essen, packen auch eine Flasche Orangensaft ein.

Dazu eine Flasche klares Wasser (jeder weiß, warum).

Mit vier Leuten fahren wir um 5.45 Uhr los. Um 8.50 kommen wir in Frankfurt an. Wir parken am Main, nahe der Innenstadt. Wir ziehen unsere Jacken an, binden unsere Schuhe noch einmal richtig zu. Dann gehts los Richtung Innenstadt.

Überall stehen Polizei-Mannschaftswagen, ab und zu ein Wasserwerfer. Als wir näher an die Innenstadt herankommen, passieren wir einen Polizei-Bulli. Die Polizisten steigen aus und fordern uns auf, unsere Jackentaschen zu entleeren. Anschließend müssen wir die Jacken ausziehen. Wir sind "sauber" und dürfen weitergehen. Wir suchen den Treffpunkt und finden

ihn sofort. Wir sprechen ein paar Sharp-Skins an, fragen, ob sie noch Sharp-Aufnäher hätten.

Wir kommen an einen größeren Platz mit Geschäften. Einige wollen noch "etwas" einkaufen gehen—die Bullen verhindern dies. Rechts und vorne stehen überall Bullen. Die Bullen sagen andauernd, was alles nicht erlaubt sei, leider geht dies in dem Getöse

ungefähr 10 Minuten, dann brach ein größerer Block (wir mit dabei) durch, nun waren einige Bullen eingekesselt. Sie versuchten und schafften es dann auch durchzukommen. Der Wasserwerfer fuhr an uns vorbei. Wir liefen in Richtung Main, da dort der NPD-Aufmarsch sein sollte. Die Bullen kesselten uns schon wieder ein. Wir standen im ein-



völlig unter. Wir warten ungefähr bis 9.30, dann gings los. Ein Wasserwerfer fährt vor uns in Stellung. Die Bullen kesselten uns nach den ersten Metern ein. Das dauerte

gekesselten Block, auf der anderen Seite standen sozialdemokratische Antifas, sie unternahmen kaum etwas. Wir vier entdeckten einen Tunnel, der zu einem In-

nenhof führte, dieser führte wieder auf die Straße, und wir waren auf der anderen Seite der Bullensperre. Ein paar weitere versuchten, durch den Tunnel zu kommen. Plötzlich prügeln die Bullen los. Wir zogen die anderen hinter ein Auto.

Nun flogen irgendwoher Steine, Flaschen und Sonstiges. Jetzt zogen sich die Bullen zurück.

Ca. 100 Leute strömten durch den kleinen Tunnel.

Wir liefen weiter, kamen zur Straße und ruhten uns auf den Leitplanken erst einmal aus. Wir waren in der Nähe unseres Autos. Zwei gingen zum Wagen und holten was zu trinken. Einer ging zu einem Antifa mit Megaphon und ließ sich informieren. Ich blieb da, wo ich war, und wartete, daß alle wieder zurückkamen. Kurz danach brachen die Demonstranten erneut durch die Bullenkette. Wir konnten noch keine Taktik erkennen. Wir gingen weiter auf der Straße Richtung Main, d.h., wir gingen nicht lange. Ein Wasserwerfer begann plötzlich zu spritzen. Erneut flogen Steine. Wir wurden vom Wasserwerfer die Stufen einer Treppe runtergedrückt. Ca. 50 Antifas mit uns. Darunter viele "Normal"-Bürger. Wir standen nun in der Nähe des Main, von rechts kamen ein paar, die schrien "Faschos". Wir rannten mit den anderen nach links, kamen unter der breiten Brücke hindurch, dann blickten wir uns um und sahen ei-

nen Block von Glatzköpfen. Ich meine, sie hatten Blauhemden an. Durch die Gerüchteküche hörten wir hinterher, daß ca. 80 mit Steinen bewaffnete Faschos da waren. Um die Faschos herum standen merkwürdigerweise keine Bullen. Die Faschos konnten wirken, wie sie

stadt ging. Wir erfuhren, daß ca. 30 Antifas festgenommen worden waren. In den Zeitungen standen hinterher die üblichen unterschiedlichen Zahlen, mal 25, mal 50, mal...

Wir waren wieder im Demo-Zug, kamen an einem Waffenladen vorbei, der wurde von Bul-



„Vielen Dank, rechts hat bei uns Vorfahrt!“

wollten, sie wurden nicht mit dem Wasserwerfer angegriffen. Nun kam es zu einer Schlägerei mit den Faschos, in welchem Ausmaß, kann ich nicht sagen. Hinterher hieß es, daß ca. 30 Faschos verletzt worden sein sollen. Während der Schlägerei ging der Wasserwerfer wieder an, die Gruppen wurden getrennt, ein Fascho blieb liegen, weil er vom Wasserwerfer am Ohr getroffen worden war. Er stand aber wieder auf, die Faschos liefen weg. Wir waren inzwischen auf dem Rückweg zur Brücke. Wir gingen die Treppe rauf und sahen nur noch den Rest des Demo-Zuges. Wir rannten hinter dem Zug her, der in Richtung Innen-

len besonders gesichert. In der Innenstadt angekommen, gingen wir wieder zum Ausgangspunkt zurück. Dort ruhten wir erst mal aus. Nach 20-30 Minuten ging es weiter zum nahegelegenen Gefängnis. Die Bullen hielten uns nicht mehr auf. Sie zeigten durch die Wasserwerfer, daß sie noch da waren. Dann ging das Gerücht um, daß am Bahnhof Faschos seien. Durch das Bankenviertel kamen wir Richtung Bahnhof, der ganze Demo-Zug kam in Bewegung. Die Bullen hatten den Bahnhof schon abgesperrt. Die Bullen wollten losprügeln, ließen es dann aber. Die Geschlossenheit der Demonstranten hinderte

sie daran, einen Fotografen festzunehmen. Wir fingen an zu zählen. Wir sahen, daß die Bullen, die vor dem Bahnhof standen, immer nervöser wurden. 3,2,1,0... wir täuschten an, daß wir



jetzt losrennen würden, aber wir gingen dann langsam auf sie zu. Nach 20-25 Minuten kam wieder ein Gerücht auf, daß Faschos in unmittelbarer

Nähe sein sollten. 15-20 von uns machten sich auf den Weg, doch die Bullen warnten die Faschos, so war dies Unternehmen an den parteiischen Bullen gescheitert.

Teile der 2-3000 gingen nun in die unterschiedlichen Richtungen auseinander. Wir vier versuchten, uns einer größeren Gruppe anzuschließen, aber es ging in unsere Richtung.

Es war mittlerweile 14.30 Uhr, wir hatten Hunger und Durst. Wir sind dann vorsichtig Richtung Auto zurückgegangen, denn es hieß, daß noch einzelne Faschos irgendwo rumhängen sollten.

Wir kamen aber gut am Wagen an. 2-3 Wasserwerfer standen noch herum, aber wir stiegen ein und fuhren ab. Im Radio hörten wir, wie die Reporter den Sachverhalt teilweise völlig verfälscht darstellten.

Auf der Rückfahrt saß ich als Beifahrer neben der Fahrerin, ich sollte sie wachhalten. Die beiden hinten schliefen, ich schlief auch ein. Ich wachte irgendwann vor Dortmund auf, die Fahrerin fragte, in welche Richtung. Hinten wachte einer auf und sagte die Richtung.

Dann waren wir irgendwann zu Hause.

## ANZEIGE



# „Bücherladen“

unsere Themen von  
A-Z:

A usländer  
B iologisches Bauen  
C hemie in Lebensmitteln  
D ritte Welt  
E ntwicklungspolitik  
F aschismus  
G eschichte  
H eilkräuter  
J ndianer  
K riegsgefahr  
L iebe  
M edien

N eonazismus  
Ö kologie  
P olitik  
R eisen  
S anfte Energien  
T rampen  
U mweltschutz  
V ollwerternährung  
W aldsterben  
Y oga  
Z ukunft

... und

- jede Menge Kinder- und Jugendbücher
- Frauen- und Männerliteratur
- Zeitschriften
- Plakate
- Postkarten
- Umweltschutzpapier

Wir bestellen jedes lieferbare Buch in 2-3 Tagen !!!

Goethestr. 4  
4370 MARL  
02365/66803

Schaut mal rein!

# ANTIFASCHISTISCHER WIDERSTAND IN GELSENKIRCHEN

## Prozesse gegen AntifaschistInnen

In Gelsenkirchen sind die vorläufig amtlichen Ergebnisse der zurückliegenden Kommunal- und Europawahl: mindestens 11 Ermittlungsverfahren, 3 Anklagen, ein laufender Prozeß und 2 erste Urteile. Betroffen davon sind insgesamt 17 Antifaschisten. Die Tatvorwürfe reichen von schwerem Landfriedensbruch über Verstoß gegen das Versammlungsgesetz bis hin zum Mißbrauch eines Feuermelders.

Eine so massive strafrechtliche Verfolgung von TeilnehmerInnen antifaschistischer Aktionen hat es in dieser Vielzahl und Schärfe der Tatvorwürfe in Gelsenkirchen noch nicht gegeben. Diese Verfolgung ist Bestandteil einer bundesweiten Entwicklung verschärfter Repression gegen unabhängige radikale AntifaschistInnen.

### Wie alles begann

Die Deutsche Volksunion-Liste D hatte sich das Ruhrgebiet und hier insbesondere Gelsenkirchen als einen ihrer wichtigsten Agitationsorte für den Europawahlkampf ausgesucht. In GE sollten allein 3 Kundgebungen der DVU stattfinden.

Alle drei wurden, nachdem die halbherzigen Verbotsversuche von Seiten der Polizei und Stadtverwaltung ihren propagandistischen Zweck getan hatten, per einstweiliger Verfügung genehmigt.

Die Wahrnehmung der reaktionären/völkischen Wahlerfolge bei den Kommunalwahlen in Hessen und den Senats-

wahlen in Berlin kurz zuvor mobilisierte ein relativ breites Spektrum von AntifaschistInnen überraschend entschlossen gegen die angekündigten Kundgebungen.

### Drei Kundgebungen und ihre Folgen - Die erste

Die erste am 1. April sollte Station einer Wahlkampfrundreise der DVU durchs Ruhrgebiet sein.



Zu den jeweiligen Gegenaktionen rief ein Bündnis auf, aus: VVN, Grüne, Volksfront, MLPD, DKP, Kuhle Wampe, Unabhängige und später auch Falken und ÖZV.

Nachdem die Kundgebung am Vormittag in Bochum schon erfolgreich verhindert wurde, konnte sie in GE nach Blockade der Zufahrt, Angriffen auf das Fahrzeug und massivem Eierhagel der Lächerlichkeit preisgegeben, ebenfalls nicht stattfinden. Die

DVU brach daraufhin ihre Tournee ab.

Im Einsatz zum Schutz der Kundgebung zeigte sich die Polizei verunsichert und zurückhaltend und von der Dynamik der Ereignisse überfordert. Eine Antifaschistin wurde kurzzeitig festgenommen. Während der Fahrt von Bochum nach GE kam es zur vorübergehenden Festnahme zweier Antifas aus Dortmund.

#### **Die zweite**

Die zweite Kundgebung am 1. Mai in GE-Buer konnte, wenn auch vom Lärm etlicher Antifas gestört, stattfinden. Ihr zeitgleich mit dem DGB-Traditionsmarsch gelegter Ablauf, in ganz anderem Stadtteil, erschwerte eine Mobilisierung.

Behelmte Einsatzhundertschaften hatten den Standort der Nazis weiträumig abgesperrt, und ihre Fahrzeuge wurden von einem Bullenkommando begleitet. Außerdem richtete die Polizei Kontrollstellen an den wichtigsten Einfallstraßen ein, an denen 14 AntifaschistInnen auf dem Weg zur Kundgebung präventiv festgenommen wurden. Darunter 8 Wittener, eine Gruppe aus Dortmund und eine aus Gladbeck.

Die Festgenommenen wurden "erkennungsdienstlich behandelt" und bisher drei von ihnen juristisch verfolgt.

Die bei den Fahrzeugdurchsuchungen gefundenen Eier, Farbbeutel, Armschoner usw. und eine unterstellte Störungsabsicht führte bei 2 Dortmundern wegen

Verstoß gegen das Versammlungsgesetz zu je ca. 200,- DM Geldstrafe. Das Verfahren gegen einen Antifa aus Witten in gleicher Sache steht noch aus.



#### **Die dritte**

Die dritte Kundgebung am 14. Juni, ebenfalls in GE-Buer unter starkem Polizeischutz, wurde von der Bulleneinsatzleitung abgebrochen, nachdem die Störungen ein für die Bullen nicht mehr kalkulierbares Ausmaß angenommen hatten.

Ein breites Bündnis hatte auch überregional zur Demonstration und Gegenkundgebung mobilisiert, beide waren von Polizei und Verwaltungsgericht GE verboten worden.

Von der DVU war diese Veranstaltung mit DVU-Chef Frey als Redner als Wahlkampfabschluss im Ruhrgebiet geplant. Aus einer Menge von 1200 GegendemonstrantInnen flogen Eier auf das Podium.

Ein Greiftrupp der Polizei prügelte sich unter Tränengaseinsatz während der Kundgebung einen Weg durch die GegendemonstrantInnen und nahm einen Antifa

aus Dinslaken fest. Es kam zu zahlreichen Augenverletzungen durch den Gaseinsatz.

Dem Verhafteten wurde ein Flaschenwurf, der in dieser Situation erfolgte und einen Bullen verletzte, angehängt. Erst nach Durchsicht der Videoaufzeichnung, in der er nicht als Werfer zu erkennen war (dieser war verummmt), wurde er nach beantragter Haftprüfung am nächsten Morgen freigelassen.

Der diesmal vorbereitete Ermittlungsausschub organisierte einen Rechtsanwalt und registrierte alle weiteren Festnahmen.

Äußerst brutal festgenommen wurden noch weitere 9 Antifaschisten aus Bochum, Dortmund, Herne und Gelsenkir-

chen, nach Auflösung der Kundgebung. Zuvor war eine Gruppe von Skins vom angrenzenden Busbahnhof abgedrängt worden. Gegen die 9 in dem Zusammenhang Festgenommenen läuft ein Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch, Widerstand und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. 5 von ihnen erhielten bisher Vorladungen zum K 14. Gegen den verhafteten Antifa aus Dinslaken und zwei weitere Personen aus GE, die am Tag der Kundgebung selbst nicht festgenommen worden, ergingen nach Vorladungen mittlerweile Anklageschriften wegen Landfriedensbruchs bzw. schweren Landfriedensbruchs.

schenwurf werden in der Anklageschrift als bewußt abgesprochene Aktionseinheit umgelogen und begründen so den schweren Landfriedensbruch-Vorwurf.

Die dritte Anklage bezieht sich auf einen Eiwurf, einen von Hunderten an diesem Tag!

#### **Kleine gnadenlose Einschätzung**

Repression in diesem Ausmaß ist für das politisch provinzielle GE neu und traf uns relativ überraschend. Im Vergleich mit Strafverfolgungen in anderen Städten erscheinen die Anklagen, gemessen an den realen Ereignissen, überzogen

(Eiwurf-Landfriedensbruch, Kette bilden-schwerer Landfriedensbruch) und las-

endlich einmal wieder ihre Arbeitsplätze zu legitimieren.

Andrerseits soll durch die gezielte Kriminalisierung einzelner die Entwicklung eines Verständnisses von Antifaschismus zurückgedrängt werden, welches im Ansatz in den Verhinderungsaktionen enthalten war.

Nämlich, daß sich wirkungsvoller Antifaschismus nicht an die Politiker oder an die staatlichen Repressionsorgane delegieren läßt, sondern immer nur das Ergebnis eigener Initiative und Handlungsfähigkeit ist.

#### **Neuer Prozeß beginnt:**

**Am 23. März beginnt vor dem Amtsgericht Gelsenkirchen (Overwegstr. 35) um 11 Uhr im Saal 2A der Prozeß gegen Dieter aus Dinslaken.**

Seine Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs bezieht sich auf die erwähnte DVU-Kundgebung am 14.6.89.

Dieter wurde anfangs als Flaschenwerfer beschuldigt. Er blieb bis zum Morgen des folgenden Tags in Haft und wurde erst nach Durchsicht der Videoaufzeichnungen, die bewiesen, daß er die Flasche nicht geworfen hatte, freigelassen.

Wie berichtet, soll Dieter jetzt trotzdem wegen schweren Landfriedensbruchs angeklagt werden, weil Kettenbildung und Flaschenwurf als abgesprochene Aktion umgelogen werden.

**KOMMT MASSENHAFT ZUM PROZESS!**



Die beiden Gelsenkirchener waren gezielt aus der Gegendemo per Video herausobserviert worden.

Der Vorwurf des schweren Landfriedensbruchs bezieht sich bei zweien der drei auf ihre Beteiligung an einer während der Greifprügelei spontan gebildeten Kette. Aus einer Reihe hinter der Kette flog dann besagte Flasche auf die Bullen. Kette und Fla-

sen deshalb umso deutlicher den konkreten Kriminalisierungswillen hervortreten, der wiederum im bundesweiten Trend liegt.

In GE hat es aber auch lange nicht mehr so zugespitzte Auseinandersetzungen auf der Straße gegeben.

Die politische Polizei, auf deren Ermittlungstätigkeit alle Strafverfolgungen zurückgehen, sah darin die Chance,

# DEUTSCHER RECHTSSTAAT DÜSSELDORFER KURDENPROZESS

**Verschlungene Pfade** geht die Rechtsprechung im Düsseldorfer "Kurdenprozeß". Auf der einen Seite gibt es Haftentlassungen und den Abbau des Glaskäfigs, auf der anderen Seite kommt erstmals ein "Kronzeuge" zum Zuge, einer, der im "Spiegel" als Singvogel bezeichnet wird und nur allzu gute Gründe hat, alles, was gewünscht wird, auszusagen.

Am 6. Februar hat der Sondersenat des Oberlandesgerichtes Düsseldorf für den Prozeß gegen 18 Kurdinnen und Kurden wegen angeblicher Mitgliedschaft oder Unterstützung einer "terroristischen Vereinigung" das Verfahren gegen einen der Beschuldigten, Hasan Engizek, eingestellt.

In einer Presseerklärung seines Verteidigers Lothar Hinz heißt es dazu:

"Das Verfahren gegen den Mandanten des Unterzeichners, Herrn Hasan Engizek, Köln, wurde vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf, 5. Strafsenat, am 29. Verhandlungstag, den 6.2.90, in der Hauptverhandlung mit Zustimmung der Verteidigung und des Generalbundesanwaltes gem § 153 Abs. 2 der Strafprozeßordnung wegen "Geringfügigkeit" und "mangelnden öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung" eingestellt; es wurde ausdrücklich klargestellt, daß hiermit meinem Mandanten kein Schuldvorwurf mehr gemacht werde, das Eingeständnis irgendeiner Schuld des Mandanten war auch spät von der Verteidigung kategorisch abgelehnt worden... Nur auf dem Hintergrund dieses Anklagekonstrukts (des § 129a StGB, d. Red.) war es überhaupt erklärlich, daß das Verfahren speziell auch gegenüber dem Mandanten des Unterzeichners überhaupt eröffnet wurde, obwohl die Haltlosigkeit der Vorwürfe für jeden halbwegs objektiven Betrachter von vornherein erkennbar war. Ohne daß sich an dieser "Beweislage" in den letzten zwei Jahren irgendetwas geän-

dert hätte, bevor überhaupt irgendeine Einlassung irgendeines Angeklagten zur Sache erfolgte, bevor auch nur der erste Zeuge verhört wurde, kam es nun zu der beschriebenen Einstellung des Verfahrens wegen "Geringfügigkeit". Wegen dieser "Geringfügigkeit" hat mein Mandant unter anderem folgendes erdulden müssen:

- die Vorverurteilung als "Terrorist" in den einschlägigen, unter anderem auch türkischen Medien; verbunden damit die Unmöglichkeit, in die Türkei auch nur zu Besuchszwecken zu reisen; als "PKK-Terrorist" würde er dort sofort festgenommen und müßte mit der Anwendung der Todesstrafe rechnen.

- Die Durchsuchung seiner Wohnung durch ein Sondereinsatzkommando der Polizei, welches die Wohnung teilweise demolierte. Hierfür wurde ihm ausdrücklich keine Entschädigung zugebilligt.

- Mehrere Monate Untersuchungshaft trotz Erkrankung, während der er intensiven "Bearbeitungsversuchen" des Bundeskriminalamtes ausgesetzt war und unter ständigem psychischem Druck zu "Geständnissen" veranlaßt werden sollte, auch insoweit wurde ihm eine Entschädigung jetzt ausdrücklich verweigert.

- Der Verlust seines Arbeitsplatzes und die Unmöglichkeit, eine neue Arbeit zu finden."

Zusätzlich zu Hasan Engizek, dessen Verfahren ja ganz eingestellt wurde, kamen am 8. und 9.2. sechs weitere vor dem OLG Düsseldorf angeklagte Kurden frei: Yasemin Gedik (einen Brief von ihr aus dem Knast hatten wir schon in der **AntifaZ**, Hüseyin Celebi, Musta-

## Kurzschulung: Was ist doitsch?



DOITSCHER  
SCHNURRBART



UNDOITSCHER  
SCHNURRBART



fa Erbil, Ali Sapan, Erol Kedik und Kemal Güngöze. Gegen alle sechs Angeklagten bleibt die Anklage in vollem Umfang aufrechterhalten, nur der Haftbefehl wird außer Vollzug gesetzt. Bevor sie freigelassen wurden, mußten Freunde und Angehörige Kauttionen von zusammen mehr als 100000 DM bei Gericht hinterlegen. Über die Freilassung zweier weiterer Angeklagter wird noch verhandelt: Ibrahim Kadah und Selhattin Celik werden eventuell freigelassen. Hier verlangen Gericht und Bundesanwaltschaft erneut mehr als 100000 DM Kauttion! Nach Angaben der Verteidiger lassen Gericht und Bundesanwaltschaft in den Verhandlungen um die Freilassungen keinen Zweifel daran, daß es ihnen darum geht, auch bei der Aufhebung des Vollzugs der Haftbefehle für diese Angeklagten die kurdische Arbeiterpartei (PKK) maximal zu schädigen. Offen erklären sie in den Verhandlungen: "Das bezahlt sowieso die Partei!"

Zu Euphorie besteht also kein Anlaß. Zumal die Bundesanwaltschaft in der Vergangenheit, etwa bei der Freilassung Selman Arslans, kurz nach dessen Entlassung die nächsten Kurdinnen und Kurden festnahm.

Dennoch werfen die Freilassung Engizeks und die Aufhebung des Vollzugs mehrerer Haftbefehle ein grelles Licht auf die Methoden des OLG Düsseldorf und auf die Fragwürdigkeit der Anklagen. Viele werden sich noch an die Presseberichte über angebliche "PKK-Volksgerichte" in der BRD erinnern. Da gab es zum Beispiel das "PKK-Gericht" in Köln, das den jetzt als Zeugen auftretenden Hasan Dogan angeblich zum Tode verurteilte, bevor er sich am Rosenmontag in Köln in Unterhosen zur Polizei "rettete". Bei diesem angeblichen Volksgericht ist die Lage nun so:

- Selman Arslan, der angeblich das Todesurteil gegen den Zeugen der Bundesanwaltschaft bestätigt hat, ist frei, das Verfahren gegen ihn eingestellt.

- Yasemin Gedik, angeblich Beisitzerin im Verfahren, in Wirklichkeit gerade aus türkischer Haft entkommen, in die BRD eingereist und beim Kurdistankomitee in Köln im Büro: Haftbefehl

## Kurzschulung: Was ist doitsch?



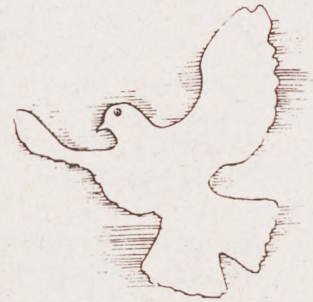
DOITSCHER STERN



UNDOITSCHER STERN



DOITSCHER FRIEDENSTAUBE



UNDOITSCHER FRIEDENSTAUBE

außer Vollzug.

- Hasan Engizek, angeblich Mieter der Wohnung, in der Dogan behauptet, "eingesperrt" gewesen zu sein: Verfahren eingestellt.

- Hüseyin Celebi, angeblich "Bewacher" des zum Tode Verurteilten und im Augenblick der "Flucht" Dogans aus der Wohnung Engizeks gerade, obwohl "einziger Wärter" unter der Dusche: Haftbefehl außer Vollzug.

Trotzdem: Die Anklage der Bundesanwaltschaft bleibt in allen Punkten aufrechterhalten!

Die Bundesanwaltschaft spekuliert auf ihren "Singvogel", einen Kronzeugen wie aus dem Bilderbuch. Dieser Kronzeuge, mit dem Namen Ali Cetiner, steht im Augenblick in Moabit vor Gericht und soll sich dort wegen eines ihm zur Last gelegten Mordes verantworten. Aber, so schreibt der "Spiegel", "das muß ihn nicht weiter schrecken - nicht Allah sei Dank, sondern dem westdeutschen Generalbundesanwalt Kurt Rebmann." Er soll nur eine Minimalstrafe bekommen, wenn er sich an die Abmachungen mit der Justiz hält. Der "Spiegel": "Teil des Handels zwischen der Justiz und Cetiner ist nämlich, daß er im Düsseldorfer Prozeß als Belastungszeuge erscheint."

Es darf spekuliert werden, was jemand im Rahmen eines solchen Abkommens alles auszusagen bereit ist.

## INTERVIEW MIT: GARIP YILMAZ, ASYLBEWERBER AUS DER TÜRKEI

Seit einigen Wochen lebt Garip Yilmaz aus der Türkei als Asylbewerber in der Bundesrepublik. Angesichts der augenblicklichen "Deutschland"-Welle in der BRD treten für viele die Sorgen von Asylbewerbern völlig in den Hintergrund.

Kaum noch zur Kenntnis genommen wurde die Verschärfung der Ausländergesetzgebung. Reps und andere neofaschistische Gruppen wollen dafür sorgen, daß "Asylanten" in Zukunft "schon an der Grenze abgeschoben" werden.

Obwohl Garip inzwischen eine Wohnung gefunden und vor dem Verwaltungsgericht seinen Antrag auf Asyl gestellt hat, soll er in kurzer Zeit mit seiner Familie einfach nach Ulm verschoben werden. Zur Zeit wohnt er in Herne, wo Freunde und Verwandte leben.

Wir haben ihn besucht und das folgende Interview mit ihm durchgeführt.

**AntifaZ:** Wie beurteilst Du die augenblickliche Lage der demokratischen Opposition in der Türkei?

**Garip:** Seit dem faschistischen Putsch von 1980 versucht das Regime, die politischen Gefangenen in den Gefängnissen zu vernichten. Dies ist nicht gelungen, weil die politische Opposition von Anfang an auf breiter Ebene Widerstand geleistet hat. Obwohl viele seit Jahren inhaftiert sind, konnte der Widerstand nicht gebrochen werden. Auch die augenblickliche Regierung läßt dem Militär völlig freie Hand, weil sie jede Linkswendung im Land mit Gewalt vernichten will. Die revolutionäre Linke ist ihr vollkommen verhaßt. Deshalb wird immer wieder versucht, mit massiven Folterungen den Widerstand zu vernichten. Dies ist aber nicht gelungen, im Gegenteil hat der politische Kampf erneut zugenommen.

**AntifaZ:** Wir haben erfahren, daß seit 2 Monaten im Gewerkschaftsverband Türk-İs eine linke Mehrheit existiert. Kann man sagen, daß die Arbeiterbewegung wieder an Stärke zugenommen hat?

**Garip:** Seit der Verfassungsänderung von 1982, bei welcher mit Abschaffung des § 62 sämtliche demokratischen Rechte beseitigt wurden, wurde die



Repression gegen die Opposition in massiver Weise durchgeführt.

Diese Verfassungsänderung wurde bei einer Volksabstimmung angeblich durch 92 % der Bevölkerung befürwortet. Dies wurde allerdings nur dadurch möglich, daß das Militär in den Dörfern massive Repressionen ausübte. Dieser Staatsterrorismus bestand z.B. darin, daß sich die Bewohner eines Dorfes nackt in den Schnee legen mußten und gefoltert wurden, so daß sie für die Verfassungsänderung stimmten.

Daß diese Zahl manipuliert wurde, sieht man auch daran, daß bei den Kommunalwahlen Mitte 1987 für die Özalpartei Anap nur 21 % Stimmen abgegeben wurden, während auf das Bündnis von

SHP, SDHP, DSP und SP insgesamt 32 % der Stimmen entfielen. Weitere 21 % entfielen auf Demirels DEP.

**AntifaZ:** Was waren die wichtigsten Punkte der Verfassungsänderung?

**Garip:** Das Grundgesetz wurde vollkommen aufgehoben. Die Menschenrechte, die Koalitionsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, das Streikrecht wurden beseitigt.

**AntifaZ:** Sind also Streiks noch illegal?

**Garip:** Formal gesehen gibt es zwar wieder ein Streikrecht. Es wird aber den Arbeitern in der Praxis keine Möglichkeit zum Streik gegeben, da der Arbeitgeber nach einer Frist alle Arbeiter entlassen kann.

**AntifaZ:** Kannst Du uns etwas über die Repressionen in der Türkei in den vergangenen Jahren berichten?

**Garip:** Ein Beispiel: Im Jahr 1979 wurde im Juni/Juli in der Stadt **Marrasch** das Stadtviertel der Yörüksel-Straße von den Faschisten der MHP unter Bozkurt überfallen. Hier wohnten überwiegend fortschrittliche Aleviten. Die Faschisten töteten viele Menschen, sie schnitten schwangeren Frauen die Kinder aus dem Leib und schlugen diese an die Häuserwände.

Ähnliche Massaker wurden in Sivas, Corum und Malataya begangen.

Für diese Massaker ist der Führer der Faschisten, Aspaslan Türkes verantwortlich.

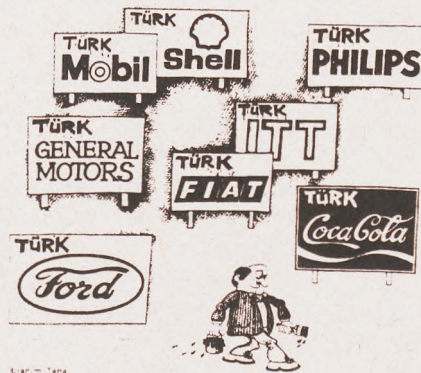
Durch konkrete Beweise der Organisation amnesty international wurden die Schuldigen überführt. Es ist bewiesen, daß seit 1980 in der Türkei mindestens 229 Menschen durch Folter getötet worden sind, mindestens 59 weitere sind verschwunden. Man kann sich also gut vorstellen, wie unter diesen Bedingungen die Lage in der heutigen Türkei aussieht.

**AntifaZ:** Bist Du selber gefoltert worden?

**Garip:** Ich bin vor und während meiner Haftzeit auf unterschiedliche Weise gefoltert worden: a) durch Schläge mit Bambusstöcken auf die nackten Fußsohlen, b) durch Stromstöße, c) durch Aufhängen an einem Bein, d) durch Aufhängen an den nach hinten gedrehten Armen, e) nach der Fußfolter durch Laufen über Glasscherben und Gestrüpp (was Blutvergiftungen zur Folge hat), f) eine besonders schlimme Folter: Aufhängen an den Füßen und

Verdrehen der Genitalien, was meistens Impotenz zur Folge hat.

**AntifaZ:** Die Regierung der Türkei behauptet aber, daß die Türkei sich auf dem Weg zur Demokratie befindet.



**Garip:** Davon kann keine Rede sein. Das wird zwar offiziell behauptet, aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Einige Beispiele:

In kurdischen Dörfern zwangen Unteroffiziere die Dorfbewohner, ihren eigenen Kot zu essen.

Die deutsche Soziologin H. Schlumberger wurde inhaftiert, als sie eine Untersuchung über die Kurden durchführen wollte. Erst durch den persönlichen Einsatz von Außenminister Genscher konnte ihre Freilassung erreicht werden, und das nur unter großen Schwierigkeiten. Solche Beispiele zeigen, daß von Demokratie in der Türkei nicht die Rede sein kann.

**AntifaZ:** Kannst Du uns noch etwas mehr zur Lage der politischen Häftlinge berichten?

#### Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die etwa alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. V.i.S.d.P.: W. Englisch, Oerweg 28, 4350 Recklinghausen. Tel.: 02361/26345  
Redaktionsanschrift:  
Antifa-Zero, Kerner Str. 13  
4350 Recklinghausen  
Redaktionssitzung: Mittwochs, 17.00 Uhr.

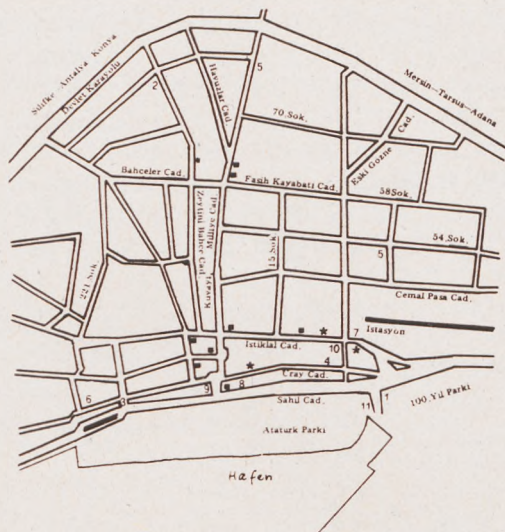
Bankverbindung: Stadtparkasse Recklinghausen, BLZ 426500, Konto Nr. 100022938 Aufl.: 600  
Mitgewirkt haben: Carsten, Wolfgang E., Wolfgang T., Eckhard, Ingrid, Falke, Silke, Klaus, Petra, Rolf, Ruth, Dieter, Sie glinde und Ralf  
Druck: druckwerk, Penningskamp 12 a, 46 Dortmund 30

**Garip:** Ich selber wurde von Mersin nach Erdem und dann nach Bursa verlegt. So wie mir geht es den hunderttausend anderen politischen Gefangenen, sie werden von ihren Familien und Freunden isoliert, es soll verhindert werden, daß in den Gefängnissen Widerstand entsteht, sie sollen letztendlich vernichtet werden. Nach der Entlassung hat ein politischer Gefangener kaum Chance, Arbeit zu finden, sie dürfen in keinem staatlichen Betrieb arbeiten, was angesichts der Tatsache, daß die meisten Betriebe zumindest halbstaatlich sind, ein Berufsverbot bedeutet. Ihnen ist jede politische Tätigkeit untersagt, sie werden ständig bespitzelt. Nehmen sie nur eine Broschüre in die Hand, werden sie erneut vor Gericht gestellt und zu höheren Strafen als den bereits verbüßten verurteilt.

**Antifaz:** Wie sah Deine politische Tätigkeit aus ?

Stadtplan MERSIN

1—Touristeninformation, 2—Busbahnhof, 3—Rathaus, 4—Regierungshalle,  
5—Hospital, 6—Zollamt, 7—Bahnhof, 8—Post, 9—Turkish Airlines, 10—Polizei,  
11—Turkish Maritime Lines, ■—Hotels, ★—Banken.



**Garip:** Ich hatte mich der Kurtuluş-Bewegung angeschlossen, die 1972 gegründet worden war. Diese Bewegung wollte eine sozialistische Befreiung auf gewaltlosem Weg erreichen. Bei Wahlen rief sie zur Wahl der sozialdemokratischen Parteibündnisse auf, steht selbst aber links von den sozialdemokratischen Parteien.

1976 hat sich die Türk Halk Kurtuluş-Partei in zahlreiche kleine Parteien zersplittert. Heute soll versucht werden, diese Zersplitterung unter der türkischen Linken zu überwinden und stärker gemeinsame Positionen

zu finden. In der letzten Zeit ist auch wieder eine Kurtuluş-Bewegung entstanden, sie ist keine Partei, sondern arbeitet in verschiedenen Bereichen, z.B. in der Friedensbewegung. Auch heute arbeiten noch alle Bewegungen, die aus der Spaltung von 1976 hervorgegangen sind, miteinander, es gibt allein 54 einzelne Bewegungen.

Was meine eigene Situation betrifft: Ich konnte entweder in der Türkei bleiben, was einen baldigen erneuten Gefängnisarrest nach sich gezogen hätte oder emigrieren. Ich habe mich entschieden, in der BRD um politisches Asyl zu bitten.



**AntifaZ:** Kannst Du uns abschließend noch etwas zu Deinen ersten Eindrücken in der BRD sagen ?

**Garip:** Ich habe Achtung vor den Deutschen—außer den Neofaschisten. Was mich aber gewundert hat: Obwohl ich in Bochum und Herne viele Freunde habe, ist es ungeheuer schwer, für mich und meine Familie eine Wohnung zu finden. Als ich nun vor 2 Monaten eine Wohnung gefunden hatte, beschloß die Ausländerbehörde, daß ich nach Ulm umziehen soll. Das verstehe ich nicht. Insbesondere gibt es viele Leute, die nicht politisch verfolgt wurden und ungehindert hier wohnen können. Was ist der Sinn ?

Ansonsten genieße ich aber die Freiheit, Zeitungen zu lesen und herumzulaufen, ohne Angst haben zu müssen, auf der Straße verhaftet zu werden. Ich brauche keine Angst mehr vor Folter zu haben. Ich glaube, daß niemand, der dies nicht am eigenen Leib erlebt hat, diese Freiheiten wirklich zu schätzen weiß.

**AntifaZ:** Garip, wir danken Dir für dies Interview und hoffen sehr, daß Du hier in Herne im Kreis Deiner Freunde und Verwandten bleiben kannst. Alles Gute für Dich und Deine Familie.

# DER TÜRKISCHE DICHTER NIHAT BEHRAM GURBET - DIE FREMDE

NIHAT BEHRAM, geboren 1946 in Kars/Osttürkei, lebt seit seiner Ausbürgerung 1985 in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland. Er veröffentlichte zahlreiche Lyrik- und Sachbuchtitel, die größtenteils in der Türkei verboten sind.

Sein Buch "GURBET" (deutscher Untertitel: "Die Fremde") ist 1986 in der Türkei erschienen und dort auch noch im Buchhandel erhältlich.

Am 9. Februar las Nihat im Dortmunder Buchladen "TARANTA BABU" aus diesem Buch.

"...Ich frage:  
was suchen sie  
wenn ein Mensch an einen Balken gefesselt und gepeitscht,  
sein Gehirn zerfetzt wird,  
und Fäuste über Fäuste über Fäuste  
und aus seiner mit gestoßenem Glas gefüllten Kehle  
sich die Worte klagend ergießen  
was interessieren den Mörder  
die beklagten, doch ungebrochenen Dinge..."

Zeilen aus dem lyrischen Werk Nihat Behrams, die er in seinem Buch "Tödlicher Mai" (Peter Hammer Verlag, Wuppertal), Tagebuch der Folterung und des Todes des Gründers der TKP/ML, Ibrahim Kaypakkaya, im Mai 1973 als Motto über eines der Kapitel setzt.

Das Buch "Tödlicher Mai" richtet sich gegen das Militärsystem in der Türkei, und die heutige, "demokratisierte" Türkische Republik hat das Buch ebenso verboten wie die Lyrik Nihats, ja, das Buch war sogar öffentlich verbrannt worden. Dem Verfasser, der auch am filmischen Schaffen des verstorbenen Regisseurs Yilmaz Güney beteiligt war, wurde 1985 die türkische Staatsbürger-



## GURBET Die Fremde

schaft aberkannt, und er lebt seither in Frankreich und auf Einladung durch die Heinrich-Böll-Stiftung seit zwei Jahren mit einem französischen Paß in der BRD, wo er an der Vorbereitung zur Veröffentlichung des deutschen Textes mitgewirkt hat.

Sein Buch "Gurbet" ist 1986 in der Türkei erschienen.

Von diesem Buch und einer Lesung daraus soll im folgenden die Rede sein.

Diese Lesung fand in Dortmund im Buchladen Taranta Babu statt. Erschienen waren 25 Personen, überwiegend türkischer Nationalität. Während der Autor selbst Passagen aus seinem Buch auf tür-

kisch las, las der Inhaber des Buchladens, Hasan Sahin, die entsprechenden deutschen Passagen. Die anschließende Diskussion bewegte sich außer in diesen beiden Sprachen auch noch auf englisch.

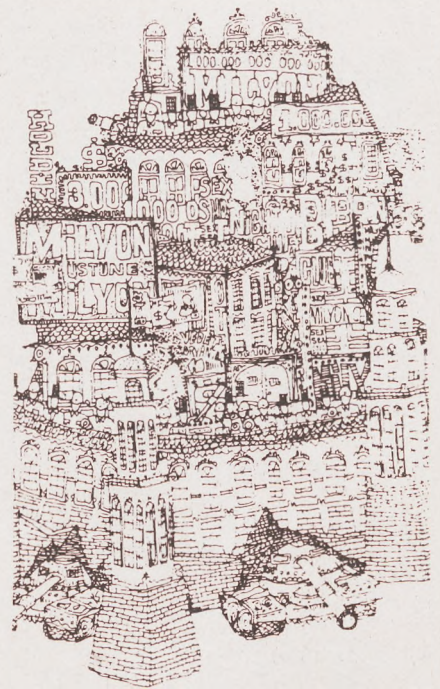


"Die Fremde" (im Sinne von "Exil", "Ort der Verbannung") ist zwar eine lexikalisch zutreffende Wiedergabe des türkischen Wortes "Gurbet", das Wort ist jedoch in seiner aus dem Arabischen stammenden Bedeutungsbreite umfassender (was etwa in der Kombination "gurbet cetmek" = "Heimweh haben" angedeutet ist): Es kann zugleich Schmerz und Hoffnung beinhalten. Beschrieben wird - sozusagen als ein Musterbeispiel - das Schicksal eines

Mannes, der sich wegen der in seiner Heimat (Türkei) fehlenden Erwerbsmöglichkeiten gezwungen sieht, sich von dieser zu trennen, um auf Jahre hinaus in der Fremde eine Lebensgrundlage zu finden; die Zeit der Anwerbung türkischer Arbeitskräfte durch die großen Industrieunternehmen Westeuropas über Agenturen in der Türkei ist jedoch inzwischen vorbei.

Trotz der Trostlosigkeit und Einsamkeit, verstärkt noch durch den Kulturschock (andere Sprache, Gewohnheiten, Ordnungen, Gesetze, Verbote) und den Zwang zur Anpassung (in Paris etwa in Form des allgegenwärtigen Terrors der CRS, einer Mischung aus GSG 9 und MEK), um nicht völlig "unter die Räder" zu kommen, gelingt es ihm, sich in Frankreich eine halbwegs gesicherte Existenz als Hilfsarbeiter in einer Pariser Textilfabrik aufzubauen, dessen türkischer Inhaber nicht weniger ausbeuterisch ist als jeder andere Ka-

pitalist. Seine Familie, von der er so lange getrennt hat leben müssen, muß er jedoch ins Land schmuggeln. Beim Weg durch einen langen Eisenbahntunnel, den Hoffnungs-schimmer des Tunnelausgangs schon im Blick,



und mit der Erleichterung, es in wenigen Minuten endlich geschafft zu haben, auch wohl etwas leichtsinnig geworden, kommen er, seine Frau und zwei seiner drei Kinder jedoch im wahrsten Sinne des Wortes "unter die Räder" und werden zermalmt.

**aus: "Gurbet":**

Plötzlich erblickte Sabri ein Funkeln in der Ferne. Wie eine funkelnde Perle strahlte der Ausgang des Tunnels. Sein Atem stockte ihm im Hals. All seine Kraft floß ihm in die Augen. Dann löste sich sein Herz, wurde zu Stimme: "Jaaaaaaa!"

Das Funkeln der Perle in der Ferne war Sonne, die im kalten Schoß eines finsternen Brunnens aufgeht, war Luft, war Atem, war Wärme. Sie zuckten, als erwachten sie aus kalter Finsternis, freuten sich, als erwachten sie aus einem Alptraum. Ihre Augen zogen sich zusammen, öffneten sich dem Licht. Die Dunkelheit zog sich zurück. Die Kälte legte sich. Der Schmerz zuckte und ließ seine Peitsche fallen. Freude blendete ihre Lippen, erwärmte sie und legte Spuren des Lachens. Das Licht der Welt funkelte in der Perle dort hinten, es grub sich in den Bauch des Berges, floß tief in ihn hinein.

Dort hatte die Dunkelheit Feuer gefangen und brannte. Dort hatte der Berg den Mund geöffnet und atmete das Licht tief ein. Das Licht fiel auf Sabris Herz. Es war wie Alis Gesicht, das Lichtertor, wie seine Augen, wenn er vom Schlaf erwacht. Wie Nurtens Augen war es, das Lichtertor. Wie ihr schamhaftes Gesicht am Tag ihres ersten Kusses. Nurten hatte ihre schwarzen Haare aus dem Gesicht gestrichen und schaute atemlos. Der Tunnelausgang war wie eine Blüte an einem jungen Frühlingsast. Dort blühte der finstere, eisige, steinige Bauch des Berges. Wie ein schillernder Schmetterling in der Dunkelheit flatterte der Tunnelausgang vor ihnen. Atem für Atem näherten sie sich ihm, näherten sich dem Schmetterling, der Blüte... Sie wollten sich nicht mehr umdrehen und schauen, nicht mehr in das kalte Gesicht der Kälte schauen, nicht mehr den dumpfen Schrei der Leere hören. Sie hatten den Morgen vergessen. Sie hatten das Gestern vergessen. Sie hatten den vorigen Tag, die vorige Woche, den vorigen Monat, das vorige Jahr vergessen. Sie hatten die Dunkelheit vergessen, die sie Schritt für Schritt durchlaufen hatten. Sie hatten die Angst, das Zittern, das Wimmern vergessen. Mit schnellen Schritten liefen sie, ihre Münder dem Lichtermund des Tunnels entgegenzuhalten, den Himmel einzuatmen. Das Licht wuchs, wurde intensiver. Es rief sie. Sie hatten sich losgelassen und liefen...

"Da ist Frankreich!" schrie Sabri. "Hinter diesem hellen Tor ist Frankreich!"

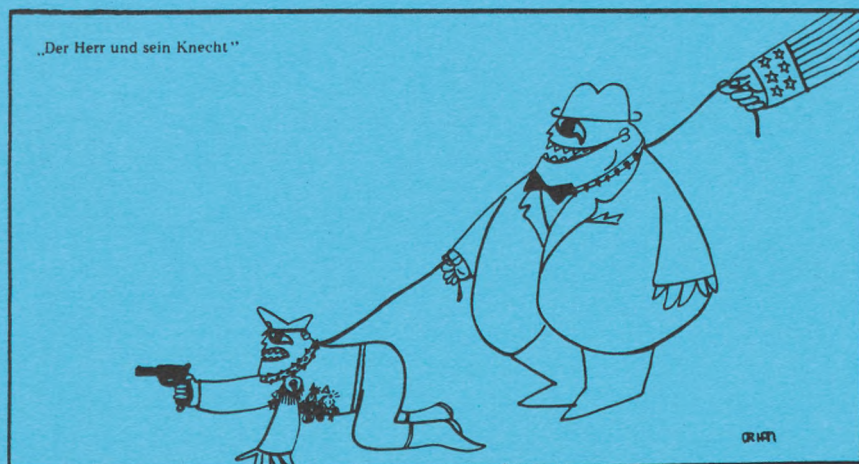
Das Licht des Himmels schlug schon auf ihre Gesichter. In blauen Ringen flimmerte es vor ihnen. Der Himmel wurde weiter.

Urplötzlich schien der Berg in sich zusammenzufallen. Das Lichtertor verdunkelte sich. Alles verdunkelte sich. Der Stein wurde wild, das Eisen wurde wild. Alles wurde zu Feuer. Wurde Wind, wurde Schrei...

Urplötzlich verstopfte der Zug, der seine Stimme hinter dem Berg zurückgehalten hatte, das Lichtertor und leerte seine Stimme in den Tunnel, leerte sein Feuer in den Tunnel. Ein gewaltiger Strom fuhr in den Bauch des Berges wie ein schwarzer Dolch. Der Berg schäumte. Die Dunkelheit schäumte. Funken sprühten von Haut und Knochen. Ihre Herzen sprühten Funken. Ihre Lippen sprühten Funken. Blut wurde zerquetscht zwischen Eisen und Stein. Leben wurde zum Funken und sprühte.(...)

Der Himmel flammte auf und verdunkelte sich wieder am Eingang des Tunnels. Es plätscherte. Regen setzte ein.

1984 Paris.



# BUNDESPARTEITAG DER FAP

AM 10.3.90

Am 10. März 1990 beabsichtigt die faschistische FAP, einen Bundesparteitag durchzuführen.

In dem internen Informationsschreiben der FAP heißt es:

"Zum Treffpunkt fährt man auf der A 46 von Düsseldorf in Richtung Heinsberg. Am Ende der Autobahn(Ausfahrt Hückelhoven) biegt man links in Richtung Hückelhoven ab und fährt geradeaus bis zum Orts-  
eingang "Stadt Hückelhoven". Dort treffen wir uns um 12.00 Uhr.(...)  
Aus Gründen der Sicherheit wird der eigentliche Versammlungsort erst am Treffpunkt bekanntgegeben.(...)"

Unterschieden ist die Einladung von F. Busse(Bundesvorsitzender) und S. Borchardt(stellv. Bundesvorsitzender).

**AntifaschistInnen! Trefft Eure Vorbereitungen!**

**VERHINDERN WIR DEN BUNDESPARTEITAG DER FAP !**

## ANZEIGE

# Attatrol

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00



• Herner Str./Ecke Paulusstr. •  
• 4350 Recklinghausen •  
• Tel. 02361-17002 •